

hier vertretenen Landes, aber ich glaube versichern zu können, daß wir unser Bestes thun wollen, um die mutigsten Soldaten in der Armee zu sein. (Bravo!) Wir haben in Belgien kein Sozialistengesetz gehabt und haben es heute nicht; aber ohne Gesetz thun unsere Meister alles, was ihnen beliebt, ohne Gesetz verbieten sie unsere Versammlungen, verbieten sie den Verkauf und selbst die Ausstellung unserer Blätter. Und alles das unter dem Grundgesetz, welches alle Freiheiten giebt! Ein Zustand also, noch schlechter, als es der in Deutschland war. Sie wissen ja auch, daß wir in Belgien das Unglück haben, im Eden des Kapitalismus zu sein. Wir wollen alles thun, um mit Ihrer Hilfe und derjenigen der Parteigenossen der ganzen Welt das Eden der Arbeiter daraus zu machen (Bravo!). Wir belgischen Sozialisten haben uns verpflichtet, vorzuschlagen, daß der nächste internationale Kongreß in Brüssel, in Belgien stattfinden möchte. Wir hoffen, daß Sie sich im Sinne der belgischen Arbeiter entscheiden werden. Ich habe einige Worte in schlechtem Deutsch, aber aus gutem Herzen gesprochen (Beifall). Ich bringe ein Hoch auf die Sozialdemokratie, die internationale Sozialdemokratie! Wenn Sie so wie bisher fortschreiten, ist der Sieg unser trotz alledem! (Lebhafter, andauernder Beifall.)

Hierauf in die Tagesordnung eingetreten.

Klein-Berlin ersucht (zur Geschäftsordnung) den Parteitag, die Voreingenommenheit gegen die Berliner fallen zu lassen . . . (Glocke des Vorsitzenden.)

Vorsitzender Singer: Das ist keine Bemerkung zur Geschäftsordnung (Unruhe). Ich halte mich dem soeben ausgedrückten Wunsche gegenüber verpflichtet, zu konstatieren, daß ich namens des Parteitages die Insinuation zurückweise (sehr gut!), als ob der Parteitag gegen irgend eine Parteigruppe des Reiches voreingenommen wäre. Das Recht der Berliner Genossen wird in gleichem Maße geachtet werden, wie das jedes anderen Genossen. (Lebhafte Zustimmung.)

Punkt I der Tagesordnung:

### Bericht der Parteileitung.

Berichterstatter Webel: Parteigenossen! Die Freunde aus dem Auslande, die soeben nacheinander das Wort ergriffen, haben uns mit Lob und Anerkennung überschüttet; von allen Seiten tönt es uns entgegen, daß sie uns als eine Art Mutterpartei ansehen. Ich soll jetzt über die Thätigkeit der Partei Bericht erstatten, und da wünsche ich nur, daß es mir vergönnt sein möge, an der Hand der vorzuführenden Thatfachen darzutun, daß das reichlich gespendete Lob einigermaßen verdient ist. Ich hoffe dann aber auch, daß die Errungenschaften, die wir zu verzeichnen haben, uns ein fernerer Ansporn sein werden, künftig unter der sogenannten „neuen Aera“

nur noch in höherem Maße unsere Kräfte und Anstrengungen im Interesse unserer Sache zu bethätigen.

Es sind genau drei Jahre, daß ich zum letzten Mal die Ehre hatte, vor den Vertretern der Partei Bericht zu erstatten; Sie wissen alle, unter welchen Umständen wir jene Berichte zu geben gezwungen waren. Während der 12 Jahre des Ausnahmegesetzes waren wir nicht in der Lage, innerhalb Deutschlands einen Parteitag abzuhalten; aus diesem zwingenden Grunde mußte der Turnus bei der Abhaltung der Parteitage ein sehr unregelmäßiger sein, wir konnten nur in weit auseinanderliegenden Zeiträumen uns sprechen und verständigen. Diesen Umständen, die wir nicht verschuldet, mußten wir uns aber nach Möglichkeit akkomodiren. Dafür sind aber auch gerade die unter dem Ausnahmegesetz im Auslande, und zwar 1880 in Widen in der Schweiz, 1883 in Kopenhagen und 1887 in St. Gallen abgehaltenen Parteitage als die eigentlichen Meilensteine in der Entwicklung der Partei zu betrachten. Es waren Freiheits- und Ehrentage für die Partei, die, weil sie im Auslande unter großen Kosten, Opfern und Gefahren abgehalten werden mußten, das schönste und erhabenste Beispiel des Mutzes und der Opferwilligkeit geboten haben. Heute endlich, nach mehr als 13 Jahren, sind wir zum ersten Male wieder in Deutschland unter der Herrschaft des allgemeinen Rechts versammelt, und zwar so zahlreich, wie nie zuvor. Da dürfte es wohl am Platze sein, einen flüchtigen Blick auf die Hauptereignisse und die Entwicklung der Partei unter dem Ausnahmegesetz zu werfen. Als das Gesetz verkündet und dann sofort mit aller Schärfe gegen uns angewandt wurde, da haben wohl viele kaum die Hoffnung gehegt, daß wir eines Tages wieder so wie heute uns versammelt sehen würden. Leider ist die Zahl derer sehr, sehr groß, die diesen großen Tag des Sieges nicht mehr erleben. Es sind eine große Anzahl Genossen aus den verschiedensten Lebensstellungen, die von den Fanthabern des Gesetzes gehetzt, verfolgt, zu Grunde gerichtet und dadurch in ihrem Lebensfaden verkürzt in's frühe Grab sanken. Viele Hunderte andere wurden in den ersten Jahren der Herrschaft des Gesetzes durch die Vernichtung ihrer materiellen Existenz gezwungen, im Auslande Zuflucht und Unterkunft zu suchen. Von denjenigen, die in der vorsozialistengesetzlichen Zeit als Agitator und in öffentlichen Stellungen, als Redakteure, Abgeordnete u. s. w. in der Partei thätig waren, haben in den ersten Jahren über 80 Personen, darunter unsere tüchtigsten, besten und intelligentesten Genossen den deutschen Boden verlassen müssen, und nur sehr wenige von ihnen können oder werden in die Heimath zurückkehren. Es war ein Aderlaß an Kräften, wie nach einer verlorenen Schlacht, aber um so größer steht die Partei da, indem sie diesen Aderlaß nicht bloß ertragen, sondern das ihr abgezapfte

H

H

Blut auch so reichlich wiedererfetzt hat. Sie wissen Alle, welcher Art die Schläge waren, die fielen, als am 19. Oktober 1878 das Ausnahmegesetz mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen worden war und am 21. Oktober 1878 in Kraft trat. Wer, wie ich und mancher andere, damals den Reichstagsverhandlungen über das Ausnahmegesetz beiwohnte, und daran Theil nehmen mußte, wird vor allem die Thatsache haben beobachtet können, daß in demselben Maße, wie jenesmal die Verhandlungen sich in die Länge zogen, in dem Maße wie unsere Parteivertreter immer entschiedener gegen dieses Schandgesetz protestirten, der Eifer für das Gesetz und die feindselige Stimmung gegen uns im Reichstage zunahm. Es ist das eine Thatsache, auf die meines Wissens bisher noch nicht aufmerksam gemacht wurde. Entsprechend dieser erbitterten, feindseligen Stimmung fielen denn auch die Schläge gegen die Partei. Alle unsere Pressorgane, und zwar 42 politische und 14 gewerkschaftliche Organe, eine ungeheure Zahl von Vereinen, verschiedene Kassen und Gewerkschaften fielen innerhalb weniger Monate der Polizeimacht zum Opfer. Binnen wenigen Wochen war die ganze Organisation der Partei vernichtet, hunderte und aber hunderte von Genossen lagen existenzlos auf dem Flaster. Daß damals Viele eine gewisse Muthlosigkeit befiel, ganze Schaaren, wie nach einer verlorenen Schlacht, von uns abgeprengt wurden, wer will sich darüber verwundern und wer will das übel nehmen? Keine andere Partei in Deutschland würde solche Schläge ausgehalten und überwunden haben. (Sehr richtig.)

Im Laufe dieser Jahre sind unter der Herrschaft des Ausnahmegesetzes 155 periodische Druckschriften verboten worden, und unter diesen an 80 Einzelnummern von periodischen Druckschriften. Weiter wurden 1200 nichtperiodische Druckschriften, darunter unsere ganze, sehr ansehnliche Broschüren-Literatur verboten, im Ganzen ca. 1400 Druckschriften. Ausweisungen auf Grund der Herrschaft des sog. kleinen Belagerungszustandes in Berlin, Potsdam und Berlin, Hamburg-Altona-Harburg und Umgegend, Leipzig und Umgegend, Frankfurt a. M., Offenbach, Hanau, Stettin und Spremberg, sind nahe an 900 erfolgt. Prozesse, die namentlich nach Ablauf der ersten 2 Jahre der Herrschaft des Gesetzes begannen, als die Partei von den ersten furchtbaren Schlägen sich wieder erholt hatte, und darnach die Genossen dem Drange nach Vereinigung vielfach folgend, sich in den verschiedensten Orten in sogenannten geheimen Verbindungen zusammen fanden, diese Prozesse wurden allmählich zahlreich und führten zur Verurtheilung von über 300 Personen. Daneben verfielen den Mächten des Sozialistengesetzes nahezu an 1200 Personen, so daß allein auf Grund und als Folge der Ausnahmegesetzgebung volle 1500 Personen in die Gefängnisse wandern mußten. Dazu kommen die Verurtheilungen, die genauer festzustellen mir nicht

H

möglich war, wegen Majestätsbeleidigung, wegen Verstoßes gegen §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuchs, wegen Aufruhr, Landfriedensbruch u. s. w. Die Zahl dieser Verurtheilten mag im Verhältniß zu der anderen klein sein; aber sie erhöht nicht nur die Zahl der Opfer, sondern sie fällt auch in's Gewicht durch die Schwere der Verurtheilungen. Das Gesammtmaaß der Freiheitsstrafen beläuft sich auf nahe an 1000 Jahre Gefängniß, darunter eine Anzahl Jahre Zuchthaus.

Diese keineswegs vollständige Liste der Verfolgungen giebt ein klares Bild sowohl von den Schlägen, die wir zu ertragen, auch von den Opfern, die wir bringen mußten, um diese Schläge nach Möglichkeit zu pariren. Und wir haben sie parirt, gründlich parirt, dafür legt nicht nur Zeugniß die Vergangenheit ab, sondern auch das deutlichste Zeugniß dieser Parteitag. Aber eins halte ich mich für verpflichtet auch auszusprechen: Wenn der Muth und die Opferwilligkeit der Genossen in Deutschland in erster Linie dazu beigetragen hat, daß es so gekommen ist, dann wollen wir auch derer dankbar gedenken, die vom Auslande immerfort ermunthigt und anfeuernd auf unsere Reihen gewirkt haben, an die Gründer und Leiter des „Sozialdemokrat“, die während zehn Jahren unter oft schwierigen Verhältnissen fortgesetzt ihn für Deutschland herstellten, an alle die, die ungekannt und ungenannt es für ihre heiligste Pflicht an sahen, dieses Organ und die im Auslande erscheinenden Brochüren ins Volk zu tragen und vielfach dafür schwer büßen mußten. Ihnen allen sind wir zu ganz besonderem Dank verpflichtet. Diefen Hunderten und Tausenden, die im Auslande und im Inlande öffentlich und geheim für unsere Sache unermüdblich gewirkt und vielfach gelitten haben, wollen wir heute dadurch unseren Dank abstellen, daß der Parteitag ihnen zu Ehren von den Pläsen sich erhebt. (Die Versammlung leistet unter Beifallsrufen der Auforderung einmüthig Folge.)

Man hat, und ich halte es für nöthig, gerade hier darauf zu sprechen zu kommen, in den verschiedensten Geheimbündprozessen seitens der Staatsanwälte und theilweise auch der Gerichte den Versuch gemacht, nachzuweisen, daß eine große allgemeine, geheime Verbindung über ganz Deutschland bestehe, in der alle Einzelverbindungen, soweit solche bestanden, unter gemeinsamer Leitung ständen, weil man sich anders nicht unsere Existenz und unsere Erfolge erklären konnte. Ich muß auch hier ausdrücklich konstatiren, daß wir und zu keiner Zeit eine solche allgemeine Verbindung in Deutschland bestand, nie die Rede davon war und nicht davon sein konnte, schon wegen der Sicherheit ihrer Entdeckung in aller kürzester Frist. Die Fraktion, als Leiterin der Partei, konnte schon durch die Öffentlichkeit ihrer Stellung auf eine solche Verbindung unmöglich eingehen. Was geschehen ist, ist ohne eine solche allgemeine

H

geheime Verbindung geschehen, einzig durch den Geist und das Band der Zusammengehörigkeit, und was auch unsere Gegner immer sagen und aufrecht erhalten mögen, ich konstatire, sie hat zu keiner Zeit bestanden, es ist nicht einmal der Versuch gemacht worden, sie in's Leben zu rufen.

Wir haben dann im Laufe dieser 12 Jahre die Wahrnehmung gemacht, daß in dem Maaße, wie auf der einen Seite die herrschende Gewalt mit Gewalt- und Zwangsmitteln aller Art zu unserer Unterdrückung vorging, sie andererseits gezwungen war, der Bewegung gegenüber allerlei Konzeptionen zu machen. In demselben Augenblick, in dem man von höchster Stelle die Nothwendigkeit des Ausnahmegesetzes betonte und es verlangte, sah man sich auch genöthigt, anzuerkennen, daß man einem gewissen berechtigten Kern der Bewegung Rechnung tragen müsse. Sogar Fürst Bismarck erklärte etwas später, die herrschenden Klassen müßten sich daran gewöhnen, daß es ohne ein bißchen Sozialismus künftig nicht mehr gehe. Nun, wie er und die herrschenden Klassen dieses bißchen Sozialismus verstanden haben, wissen wir Alle (Heiterkeit). Wäre es nach ihm gegangen, die Partei wäre nicht, was sie ist, und nach ihm würde noch heute der Ausnahmezustand mit allen seinen Ungerechtigkeiten auf uns lasten. Nun kam ja im Laufe der Jahre allerdings die sogenannte „milde Praxis“, aber sie griff Platz, weil sich zeigte, daß die Partei sich nicht unterdrücken ließ. Die mittlerweile vorgekommenen Reichstagswahlen hatten nicht nur ihre Fortexistenz, sondern, allen Verfolgungen zum Trotz, auch ihr Wachsthum ergeben. Die Masse unserer Anhänger war allmählich wieder zur Besinnung gekommen. Das Beispiel des Muthes der Anderen wirkte ansteckend. Dazu kam die selbst- und zielbewusste Agitation, die auch der sogenannten öffentlichen Meinung mehr und mehr den Beweis lieferte, daß die Art und Weise, wie wir verfolgt wurden, unerhört sei, daß die Anklagen, die man gegen uns erhob, nicht gerechtfertigt waren, und daß eine Behandlung, wie wir sie erdulden, mit den allgemeinen Rechtsgrundsätzen, die nun einmal dem modernen Staat zu Grunde liegen und, will er existiren, zu Grunde liegen müssen, unvereinbar sei. Diese Erkenntniß ist allmählich in immer weitere Kreise gedrungen, und ganz besonders durch die planmäßige und zielbewusste Thätigkeit der Partei so mächtig gefördert worden, daß man endlich einsah, in der alten Weise geht's nicht mehr, die Zügel müssen lockerer gehandhabt werden!

Ein Rückblick auf die Entwicklung der Partei in den letzten 20 Jahren an der Hand der durch die Ausübung der Wahlberechtigung vorgenommenen Kraftproben ergiebt folgendes für uns sehr lehrreiche Resultat. Es wurden abgegeben bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1871: 102 000 Stimmen, 1874: 352 000 Stimmen, 1877, zwei Jahre nach dem Vereinigungskongreß der bis 1875

gespaltene Partei: 493 000 Stimmen. Das war der höchste Stand der Stimmen vor dem Ausnahmegesetz. Ein Jahr darauf bereits wurde in Folge der beiden Attentate der Reichstag aufgelöst, eine ungeheure Heze gegen unsere Partei, der man infamer Weise die Urheberchaft der Attentate zuschrieb, wurde in Szene gesetzt, und unter dem Hochdruck jener Haß ging im Sommer 1878 die Zahl der Wahlstimmen von 493 000 auf 437 000 zurück, wir erhielten 56 000 Stimmen weniger als anderthalb Jahre zuvor. Dann kam das Gesetz mit seinen Schlägen, aber trotz alledem erhielten wir 1881 bei den allgemeinen Wahlen, die unter ganz beispiellosen Verhältnissen sich vollzogen, 312 000 Stimmen. Das war um so höher anzuschlagen, als unter den Ausnahmezuständen und dem Drucke jener Zeit ein großer Theil der Wahlkreise nicht einmal Flugblätter, nicht einmal Stimmentzettel erhalten konnte, weil keine genehmigte Druckerei sie uns drucken wollte und die eigenen Druckereien fast sämtlich vernichtet waren, und auch Flugblätter, wo man sie hatte, nur mit den größten Schwierigkeiten und Zähllichkeiten verbreitet werden konnten. Dann kamen die Wahlen von 1884. Diese Wahlen zeigten schon ein ganz anderes Bild. Die Partei hatte sich mittlerweile mächtig erholt, die Parteitage von Widen und Kopenhagen waren vorüber und hatten das Selbstgefühl der Partei bedeutend gehoben. Hier und da waren auch mit Erfolg Versuche gemacht, neue Blätter ins Leben zu rufen, Druckereien zu erhalten u. s. w. und so gelang es diesmal 550 000 Stimmen, 238 000 mehr als 1881, aufzubringen. Aber 1887 wuchsen wir auf 763 000 und bei den letzten allgemeinen Wahlen dieses Jahres, die noch in Aller Erinnerung sind, auf 1 427 000 Stimmen. Die Partei war damit zugleich die stärkste Partei in Deutschland geworden.

Wir werden im Laufe unserer Verhandlungen noch hinlänglich Gelegenheit haben, über den Werth der Wahlen und der parlamentarischen Thätigkeit überhaupt zu sprechen. Ich erkläre indeß schon jetzt, daß die Agitation bei den allgemeinen Wahlen und die Thätigkeit der gewählten Abgeordneten im Reichstage nach meiner Ueberzeugung das allerwesentlichste und wirksamste Agitationsmittel für die großartige Entwicklung der Partei unter dem Sozialistengesetz gewesen sind. (Sehr richtig!) Wäre uns unter dem Gesetz auch die Reichstagstribüne verschlossen und die Ausübung des Stimmrechtes unmöglich gemacht gewesen, wir hätten kein Mittel besessen, auch nur annähernd festzustellen, in welcher Art und Gestalt die Partei sich entwickelt hatte und fortgeschritten war, wir hätten nicht entfernt unsere Agitation so ausgiebig, wie geschehen, entfalten können. Wie weit die parlamentarische Taktik der Fraktion den Wünschen der Parteigenossen entspricht, das zu erörtern wird Sache späterer Diskussion sein. Nach meiner Ueberzeugung hat die Partei alle Ursache, die bisherige Taktik auch fernerhin beizubehalten. Dafür

giebt es gar kein besseres Zeugniß, als die Worte, die heute von allen Seiten unsere Freunde und Genossen aus dem Auslande an uns gerichtet haben, und worin sie uns versicherten, in gleicher Weise, wie wir, thätig sein und arbeiten zu wollen, und daß auch sie die Möglichkeit zu besitzen wünschen, sich auf dem von uns betretenen Wege bethätigen zu können, was ja leider in verschiedenen von ihnen vertretenen Ländern wegen des Fehlens des allgemeinen Wahlrechts noch nicht möglich war.

Wir haben aber auch weiter gesehen, daß im Laufe der Jahre, und zwar durch die steigende Macht unserer Partei, das Interesse an der sozialen Bewegung die weitesten Kreise unserer Gegner ergriff. Sie wurden gezwungen, der Bewegung ihre Aufmerksamkeit zu schenken und sie zu studiren. Ich erinnere an den bekannten Erlass vom 4. Februar, der unzweifelhaft ein großer moralischer Erfolg der Bestrebungen ist, welche im Juli vorigen Jahres auf dem internationalen Arbeiterkongreß in Paris zum Ausdruck gekommen waren. Selbst der Ultramontanismus sah sich in den letzten Monaten genöthigt, einen internationalen Kongreß zusammenzuberaufen, um zu beraten, wie er am besten im Stande sei, dem stetigen Vordringen des Sozialismus einen Damm entgegenzusetzen. Ferner hat vor wenigen Tagen in Frankfurt a. M. ein Kongreß aus Vertretern mehr gelehrter Kreise stattgefunden, welcher ebenfalls die Nothwendigkeit internationaler Arbeitergesetzgebung anerkannte. Alles das sind die großen moralischen Erfolge nicht allein der deutschen, sondern der Sozialdemokratie aller Länder. Eine ganz besondere Aufmerksamkeit und erfreuliche Beachtung verdient aber unsererseits die Thatsache, daß seit den Tagen von Paris das Solidaritätsbewußtsein der Arbeiter der verschiedensten Länder sich in großartiger Weise entwickelt hat, wie ja schon der Pariser Kongreß selbst durch eine bisher nie dagewesene zahlreiche Vertretung der Arbeiter aller Länder für das Vorhandensein dieses internationalen Solidaritätsbewußtseins Zeugniß abgelegt und die Gegner gezwungen hat, mehr und mehr ihre Aufmerksamkeit der internationalen Bewegung zuzuwenden, um wo möglich der Bewegung Herr zu bleiben. Daß das letztere nicht geschehen wird, daß sie vielmehr unsern Gegnern ebenso wie die nationalen Bewegungen in den einzelnen Ländern über die Köpfe wachsen wird, davon sind wir Alle vollkommen überzeugt (Beifall).

Ich komme nun auf unsere jetzt vorhandene Presse, um auch an diesem Punkte darzuthun, wie die agitatorische Wirksamkeit der Partei innerhalb der letzten drei Jahre sich entfaltet hat. 1887 und früher konnten wir keine genaue Uebersicht der Presseorgane geben, welche unter der Herrschaft des Gesetzes ins Leben getreten waren; es war auch vielleicht nicht zweckmäßig, darüber öffentlich zu reden. Heute dagegen erscheint es mir sehr am Platze, zu untersuchen, wie unsere Presseverhältnisse innerhalb der Jahre von 1878 bis 1890 sich gestaltet haben.

H

Bei Erlass des Sozialistengesetzes bestanden in Deutschland 42 politische Parteiblätter und 14 Gewerkschaftsorgane. Der gesammte Abonnentenbestand derselben ist nie genau festgestellt worden, er dürfte aber nach sachverständiger Schätzung 160—170 000 nicht überschritten haben. Von den 42 politischen Zeitungen erschienen 13 wöchentlich 6 Mal, 13 wöchentlich 3 Mal, 3 wöchentlich 2 Mal und 13 wöchentlich 1 Mal.

Gegenwärtig können wir eine genauere Uebersicht geben, aber vollständig zutreffende Mittheilungen vermag ich auch jetzt nicht zu geben, da mehrere Blattoverwaltungen der Aufforderung, den Abonnentenbestand ihrer Blätter mitzutheilen, nicht Folge geleistet haben und demgemäß in der nachstehenden Aufstellung nicht berücksichtigt werden konnten. Die Uebersicht dafür von Ende September, die Umgestaltungen und Vermehrungen, die am 1. Oktober in verschiedenen Gegenden in erfreulichstem Maße stattgefunden haben, konnten hier also nicht berücksichtigt werden. — Es erschienen:

wöchentlich 6 Mal 19 Blätter, welche zwischen 30 000 u. 1100, im Ganzen 120 400 Abonnenten hatten,  
wöchentlich 3 Mal 25 Blätter, welche zwischen 9 000 u. 250, im Ganzen 58 000 Abonnenten hatten,  
wöchentlich 2 Mal 6 Blätter, welche zwischen 6 000 u. 450, im Ganzen 14 850 Abonnenten hatten,  
wöchentlich 1 Mal 10 Blätter, welche zwischen 14 500 u. 1000, im Ganzen 60 850 Abonnenten hatten.  
Insgesamt also 60 politische Blätter mit 254 100 Abonnenten.

Der Stand der Gewerkschaftspresse war folgender.

Es erschienen:

wöchentlich 1 Mal 17 Blätter, von welchen eins, dasjenige der Bergarbeiter, 27 000, das Zweite 16 000, das Dritte 15 000, das Vierte 12 500, das Fünfte 11 000, das Letzte 800 Abonnenten hatte. Im Ganzen hatten diese Blätter 155 350 Abonnenten,  
monatlich 2 Mal bezw. 3 Mal 2 Blätter mit zusammen 4 400 Abonnenten,  
alle 14 Tage bezw. monatlich 2 Mal 20 Blätter, welche zwischen 6 000 und 400, im Ganzen 39 750 Abonnenten hatten,  
monatlich 1 Mal 2 Blätter mit zusammen 1500 Abonnenten.

Insgesamt 41 Blätter mit 201 000 Abonnenten.

Zu den angeführten Blättern kamen weiter: 1 wissenschaftliche Zeitschrift, die „Neue Zeit“, die monatlich erschien und 2500 Abonnenten hatte, 1 Unterhaltungsblatt in Hamburg, der „Gesellschafter“ wöchentlich erscheinend, mit 19 000 Abonnenten, und 2 Wigblätter mit über 107 000 Abonnenten.

Für Sie, die Sie fast ohne Ausnahme auch thätige Mitglieder der Gewerkschaftsbewegung sind, ist es kein Geheimniß, daß diese

Bewegung sich mächtig entwickelt hat und ein wichtiges Bindeglied in der ganzen Arbeiterbewegung repräsentirt. Die Gesamtzahl aller Organe ist 104, die der Abonnenten ca. 600 000.

Daneben hat auch die sonstige Parteiliteratur einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen, nicht nur die in Deutschland erschienene, sondern auch die nach Deutschland hereinspejkte. Zu keiner Periode der vorsozialistengesetzlichen Zeit sind auch nur annähernd solche Auflagen von Parteischriften hergestellt worden, als in der Periode der Herrschaft des Gesetzes, und dieser Aufschwung wird noch viel größer werden, wenn wir nächstens die Neuauslegung und weitere Ausgestaltung unserer Parteiliteratur vornehmen. Es ist selbstverständlich, daß kein Privatverleger ohne Zustimmung des Autors und der Partei eine Schrift erscheinen lassen darf. Ich nehme an, wir werden künftig keine Schrift unter einer Auflage von 20 bis 30 Tausend herausstellen haben, und für viele wird sie bedeutend höher werden, so groß ist die Nachfrage von allen Seiten. Vor dem Gesetz hatten wir in der Regel Auflagen von höchstens 5 Tausend.

Entsprechend dieser Entwicklung unserer agitatorischen Thätigkeit bei den Wahlen, in Parlament und Presse haben sich auch die materiellen Verhältnisse der Partei entwickelt, soweit die Parteileitung darüber Kenntnis hat und die Mittel bei ihr zusammengefloßen sind. Auch hier sind gegen früher Resultate zu verzeichnen, die wir wohl glänzend nennen dürfen.

Die im August 1880 auf dem Bydener Kongreß verrechneten Einnahmen betragen für die Zeit vom November 1878 bis 1. August 1880 rund 37 100 Mark; auf dem Kopenhagener Kongreß, Anfang April 1883, wurden als Einnahme rund 95 000 Mark verrechnet, auf dem Parteitag in St. Gallen, Anfang Oktober 1887, rund 188 600 Mark. Unter dieser letzteren Einnahme waren auch die Posten verbucht, welche die deutschen Genossen in der Schweiz und die Inhaber des „Sozialdemokrat“ vereinnahmt und an gemäßregelte deutsche Genossen verausgabt hatten.

Seit der Abrechnung auf dem Parteitag zu St. Gallen, die bis Ende August 1887 reichte, sind eingegangen:

	Einnahme:	Ausgabe:
für den Wahl- und Diätenfond . . .	197 125,30 M.	95 388,50 M.
für den Unterstützungsfond . . . . .	104 241,72 „	70 825,17 „
für den Elberfelder Prozeß . . . . .	19 080,65 „	13 421,45 „
Vermischtes . . . . .	3 884,40 „	12 449,95 „
Zinsen . . . . .	6 071,65 „	— „
Kapital und Darlehnskonto . . . . .	41 305,— „	191 240,25 „
Kassenbestand am 1. September 1887		
bezw. 1. Oktober 1890 . . . . .	18 800,80 „	7 184,20 „
	<u>390 509,52 M.</u>	<u>390 509,52 M.</u>

H

Hierzu habe ich folgende Bemerkungen zu machen: Beim Wahl- und Diätenfond betragen die Ausgaben für Wahlen 78 088,50 Mark, für Diäten und Reichstagskosten 17 300 Mark; beim Unterstützungsfond für Unterstützungen 60,662,10, für Gerichts- und Prozeßkosten 10 163,07 Mark. Der besondere Fond für den Elberfelder Prozeß brauchte nur theilweise in Anspruch genommen zu werden, da die hierin nicht enthaltenen, von den Parteigenossen von Barmen-Elberfeld und Umgegend aufgebrachtene Beträge sehr bedeutend waren, so daß bei diesem Prozeß für die Parteikasse ein ganz anständiges Plus abgefallen ist (Geiterkeit und Beifall). Die vermischten Einnahmen setzen sich zusammen aus Geschenken, aus Kursgewinnen — wir sind, wie Sie gehört haben, im Augenblicke Kapitalisten und haben auch manchmal Börsengeschäfte vorzunehmen (große Geiterkeit), und damit auch selbstverständlich mit Gewinn und Verlust zu rechnen. Unter den vermischten Ausgaben sind inbegriffen Porto- und Bureau-Ausgaben, Kosten der Konferenzen der Fraktion, Kosten für den Parteitag in St. Gallen und theilweise für Halle, Kosten für den Pariser Kongreß, die vergleichsweise hoch waren, weil wir außer den offiziellen Vertretern noch den französischen Freunden sehr namhafte Beiträge zur Deckung der Kongreßkosten übergaben; weiter finanzielle Unterstützung des auf Grund der vorjährigen Pariser Beschlüsse herausgegebenen Journals „Der Achtshunderttag“; Zuschuß zu den Kosten der Errichtung eines Denksteins an dem Orte, wo Laffalle 1864 erschossen wurde; Kosten für Herstellung der Kongreßprotokolle, denen andererseits entsprechende Einnahmen aus dem Abfaß gegenüberstehen. Am 1. Oktober 1890 war ein Kassenbestand von 7184,20 Mark vorhanden.

Die Einnahmen und die Ausgaben, ohne diejenigen für das Kapital- und das Darlehnskonto, die nur als durchlaufende Posten zu betrachten sind, und ohne die Zinsen und den Kassenbestand vom 1. Oktober 1890, stellen sich folgendermaßen:

	Einnahme:	Ausgabe:
Wahl- und Diätenfond . . . . .	197 125,30 M.	95 388,50 M.
Elberfelder Prozeß . . . . .	19 080,65 „	13 421,45 „
Unterstützungsfond . . . . .	104 241,72 „	70 825,17 „
Vermischtes . . . . .	3 884,40 „	12 449,95 „
	<u>324 332,07 M.</u>	<u>192 085,07 M.</u>

Diese 324 332,07 Mark sind die wirklichen Einnahmen, die durch die Partei aufgebracht wurden. Mit den Zinsen (6071,65) und dem Kassenbestand (18 800,80) belief sich die gesammte Kassen-einnahme auf 349 204,52 Mark, die gesammten Ausgaben auf 192 085,07 Mark, so daß also das vorhandene Vermögen sich auf 157 119,45 Mark belief; in Wirklichkeit beläuft es sich auf

H

171 829,20 Mark, mit dem von früher vorhandenen Vermögensbestand. (Lebhafter Beifall.)

Das ist eine Summe, wie sie bisher die Partei nie aufzuweisen gehabt hat, ein recht schönes Handgeld, welches die neue Parteileitung in ihre Verwaltung bekommt. (Geiterkeit und wiederholter Beifall.)

Außer den hier angeführten Einnahmen sind durch die Partei aufgebracht worden:

für den Hasencleverfond . . . . .	15 388,31 M.
für den Kaiser-Brückerfond . . . . .	4 099,40 "
für die gemäßigteren Bergleute . . . . .	5 909,25 "

Diese zusammen mit den übrigen von der Partei aufgebrachten Beiträgen von 324 332,07 Mark ergeben 349 729,03 Mark, welchen für alle aufgeführten Fonds eine Ausgabe von 217 399,18 Mark gegenübersteht.

Unter diesen Summen sind selbstverständlich diejenigen Einnahmen und Ausgaben gar nicht enthalten, welche die Parteigenossen der einzelnen Orte und für die verschiedensten politischen Zwecke, so namentlich für die Reichstagswahlen, aufgebracht haben. Die Genossen der großen Städte, insbesondere Berlins und Hamburgs, haben es für ihre Pflicht gehalten, eine große Zahl von Nachbarreisen materiell zu unterstützen. So haben die Hamburger Genossen einen großen Theil der Wahlkreise in Schleswig-Holstein und Mecklenburg und einen kleineren Theil der Wahlkreise in der Provinz Hannover aus ihren reicheren Mitteln unterstützt, und die Berliner Genossen haben einem großen Theil der Wahlkreise in den Provinzen Brandenburg und Pommern materiell kräftig beigegeben. Wie hoch alle die hier für ganz Deutschland in Betracht kommenden Summen sind, vermag ich natürlich nicht anzugeben; sie sind aber sehr bedeutend und um das mehrfache wohl höher, als die von mir angeführten Summen. Bemerken will ich weiter, daß sich unter den von mir aufgeführten Beiträgen auch diejenigen befinden, die als Ueberschüsse von den Eigenthümern verschiedener Parteiblätter zur Verfügung gestellt wurden. Ferner bin ich verpflichtet, hervorzuheben, daß unsere ausländischen Genossen einen sehr greifbaren Beweis ihres internationalen Solidaritätsgefühls bei der diesmaligen Wahlagitation unserer Partei dadurch gaben, daß sie es nicht nur bei Worten bewenden ließen, sondern ihre Gefühle auch durch klingende Münze zum Ausdruck brachten, indem sie Geldbeiträge uns sandten; das geschah durch unsere Genossen in Amerika, Holland, Belgien, der Schweiz, Oesterreich, Rumänien und sogar in Rußland. Ich glaube in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich Sie bitte, sich zum Zeichen unseres Dankes von den Plätzen zu

H

erheben. (Geschicht.) Ich will dann noch als besonders interessant anführen, und dieser Vorfall dürfte im Parteileben einzig dastehen, daß unsere Partei am 1. April, also nach Abschluß ihrer Wahlrechnungen, reicher war als am 15. Januar, wo wir offiziell in die Wahlagitation eintraten. (Geiterkeit und Beifall.)

Nun entsteht die Frage, in welch' nutzbringender Weise soll die künftige Parteileitung mit den ihr bereits zur Verfügung stehenden Fonds und den weiter zu erwartenden Mitteln wirtschaften. Dies gehört zwar nicht zu den Aufgaben meines Berichtes, aber ich glaube es ist nützlich diese Frage zu streifen; zunächst wird es sich darum handeln, daß in den ländlichen und kleinstädtischen Bezirken weit lebhafter und umfanglicher wird agitirt werden müssen, als das bisher der Fall war und sein konnte, ich betrachte das als selbstverständlich. Ob wir dabei, wie vor dem Sozialistengesetz besoldete Agitatoren zu diesem Zweck bestellen sollen oder einen anderen, zweckmäßigeren Weg beschreiten müssen, lasse ich hier unerörtert. Dann aber wollen wir auch jetzt, wo wir wieder gleiches Recht für uns haben, obwohl ich glaube, daß auch dieses gleiche Recht unter Umständen für uns ein Ausnahmerecht werden wird. (Sehr richtig.) Denjenigen, die mit besonderem Stolz und Hochmuth darauf gepocht haben, daß die Sozialdemokratie ihnen nichts anhaben könnte, beweisen, wie sehr sie sich geirrt haben, ich meine die ultramontane Partei. (Lebhafter Zustimmung.) Dem Thurm des Centrums, der so zweifellos fest stehen soll, daß keine Macht der Erde ihn wankend machen oder gar stürzen soll können, hat, glaube ich, die Sozialdemokratie bereits bei den letzten Wahlen einige ganz gehörige Stöße versetzt. (Sehr richtig.) Und ich meine, wir sollten in der jetzt kommenden Periode erst recht zeigen, daß wir diesem Thurm nicht nur Stöße geben können, sondern daß wir auch das Untergrabungsgeschäft, dessen man uns so gern beziehtigt, (Geiterkeit), und das wir in den letzten 12 Jahren weiter so vortrefflich gelernt haben (große Geiterkeit), gründlich in Anwendung zu bringen verstehen.

Auch nach einer anderen Richtung wollen wir unsere agitatorischen Fühlhörner ausstrecken, ich meine in Bezug auf die ländliche Bevölkerung. (Sehr gut.) Es wird uns und der neuen Parteileitung allerdings nicht leicht fallen, und es wird uns auf den ersten Schlag nicht möglich sein, ein Organ für die ländlichen Arbeiter zu gründen, aber sie wird dieses als eine Hauptaufgabe im Auge behalten müssen. (Sehr wahr.) Ich muß mich zwar für meine Person dagegen erklären, daß aus allgemeinen Parteifonds die lokale Presse unterstützt wird — wir werden ja später noch darüber sprechen — ich halte es aber für notwendig, daß dieser Fonds überall da zur Gründung von Presseorganen in erster Linie Verwendung findet, wo durch die Natur der Verhältnisse die betreffenden

H

Arbeiter-schichten aus eigener Kraft absolut nichts zu schaffen vermögen, und hier kommen die ländlichen Arbeiter zunächst in Frage. Wir werden ferner unsere agitatorische Thätigkeit erweitern müssen durch Gründung eines polnischen Arbeiterorgans. (Bravo.) Die polnische Arbeiter- und Industriebewegung ist weit stärker als wir gemeinlich glauben. Es ist ein Gegenstand der lebhaftesten Klage unter den Bergarbeitern in Rheinland und Westfalen, daß ihnen die polnisch sprechenden Bergarbeiter bei ihren Lohnbestrebungen die größten Hindernisse bereiten, und daß insbesondere das Centrum mit ganz besonderer Macht und Erfolg dieser polnisch sprechenden Arbeiter sich bemächtigt hat. Es sind sogar eigene polnisch sprechende Geistliche nach Rheinland und Westfalen geschickt worden, welche dort predigen und agitatorisch thätig sein müssen, um durch polnische Flugblätter die Arbeiter an sich zu fesseln. Dem gegenüber ist die Gründung eines polnischen Arbeiterorgans und die Verbreitung polnischer Flugblätter eine Nothwendigkeit.

Gebens werden wir aus allgemeinen Mitteln für die Herausgabe eines Parteiorgans für Elsaß-Lothringen Sorge tragen müssen. (Sehr gut.) Unsere Genossen in Elsaß-Lothringen sind dazu nicht im Stande, weil die dortige französische Pressegesetzgebung, die aber nach preussisch-deutscher Manier gehandhabt wird (Heiterkeit), dies außerordentlich erschwert. Weiter halte ich es im agitatorischen, parlamentarischen und sozialgesellschaftlichen Interesse für dringend nothwendig, daß dem Beispiel einer Reihe jüngerer Gelehrten entsprechend, überall in besonders durch schlechte Lage sich auszeichnenden Gewerbebezügen sozialstatistische Untersuchungen über die Lage der Arbeiter angestellt werden. Sie wissen, wie von unseren Gegnern allgemein bestritten wird, daß die Lage der Arbeiter so sei, wie wir sie darstellen. Ich bin überzeugt, daß eine solche statistische Untersuchung zu dem für unsere Gegner überraschenden Resultat führen wird, daß die Verhältnisse der meisten Arbeiter in der That viel schlechter sind, als allgemein angenommen wird. (Sehr richtig!) Das muß aber durch gewissenhafte Untersuchungen festgestellt werden, und dazu brauchen wir einen Generalstab tüchtiger und fähiger Leute, die für ihre Reisen und ihre Arbeiten unterfützt werden. Die Kosten werden zum Theil wieder aus dem Erlös der durch den Buchhandel zum Verkauf gelangenden Schriften, die auf Grund jener sozialstatistischen Untersuchungen erscheinen, eingebracht werden können. Sollten diese Arbeiten aber auch 10 und 20000 Mark und selbst mehr Zuschuß benötigen, so wäre dies kein Schaden; ich würde diese Anlage der Gelder für die nutzbringendste ansehen, die von der Partei gemacht werden kann. (Sehr wahr!)

So stehen also nach allen Richtungen der neu zu organisirenden Partei große Aufgaben bevor. Zeigen wir durch die Beratungen auch dieses Parteitagcs, daß wir uns vollkommen der weltgeschicht-

lichen Mission bewußt sind, die das Proletariat, und als Führerin des Proletariats, die Sozialdemokratie zugewiesen bekommen hat. Wir wollen den Gegnern, wie auch den zweifelnden Freunden in unseren eigenen Reihen, zeigen, daß unser Ruf ist: Vorwärts, vorwärts und immer vorwärts! (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.)

Vorsitzender Singer: Auf dem Parteitag in St. Gallen ist bezüglich einer Revisionskommission für die Prüfung der Kassenverhältnisse kein Beschluß gefaßt worden. Da zur Zeit, als die Einberufer die Abhaltung dieses Parteitages beschlossen haben, keine Körperschaft in Deutschland vorhanden war, der die Wahl der Revisionskommission übertragen werden konnte, hat die Fraktion es für richtig gehalten, ihrerseits drei Genossen in Deutschland mit dieser Aufgabe zu betrauen, es sind die Genossen Gest-Offenburg, Segiz-Jürth und Kloss-Stuttgart. Die Fraktion konnte diese Anordnung um so leichter irrefassen, als sie mit der Führung der finanziellen Geschäfte niemals etwas zu thun gehabt hat, vielmehr diese Angelegenheit einzig und allein dem Fraktionsvorstande, der gleichzeitig als Parteivorstand funktioniert, überlassen war. Die Fraktion war also, abgesehen von den den Parteivorstand bildenden Mitgliedern, in dieser Frage vollkommen uninteressirt.

Es wird also nach dieser Richtung ein Zweifel nicht erhoben werden können.

Namens der Revisionskommission nimmt nunmehr das Wort Genosse Gest: Dem Auftrage der Fraktion entsprechend, begaben wir uns vor 8 Tagen in die Schweiz und setzten den Kassenschrank unbeaufsichtigt in Zürich nieder. (Heiterkeit.) Wir hätten nicht wenig erstaunt über die Summen, welche sich uns darbieten und wir schweigten einen Augenblick in dem Gefühl, auch einmal Kapitalisten zu sein. (Heiterkeit.) Dieses Gefühl wich aber bald einem andern. Diese Zahlen, welche Bebel vorgetragen, beweisen, daß die Sozialdemokratie nicht nur eine starke Stirn und einen kräftigen Nacken, sondern auch ein Herz im Leibe hat, das in Liebe schlägt, denn diese Zahlen athmen Liebe gegenüber den Verfolgten und Gemährregelten; in dieser Beziehung können uns diejenigen, welche die christliche Liebe gepachtet haben, durchaus nicht das Wasser reichen. Die Prüfung der Kasse war keine leichte Aufgabe. Es ist auch selbstverständlich, daß bei den Verhältnissen, unter denen die Kasse geführt werden mußte, dies oder jenes nicht so klappen konnte, wie es vielleicht auf den ersten Blick klappen sollen. Wir haben einige Ungenauigkeiten und Irrthümer in den Büchern gefunden und richtig gestellt und können nun den Antrag stellen, daß der Parteitag dem Parteirechner Decharge ertheile und ihm die Anerkennung ausspreche, daß er als Kriegsminister und

Kassenhhaber es gut verstanden hat, die Kasse vor dem Feinde stets sicher zu stellen. (Geiterkeit und Beifall.)

In der nunmehr eröffneten Diskussion über den Bebel'schen Bericht lenkt Trautwein-Duedlinburg die Aufmerksamkeit des Parteitages auf die schlimme Lage der ländlichen Arbeiter unter der jetzigen Gesindeordnung, deren Beseitigung die Fraktion in erster Linie anstreben müsse. (Beifall.)

Schmidt-Berlin beantragt eine Kommission von 9 Mitgliedern zu wählen, welche die Streitigkeiten zwischen der Fraktion und den Berliner Parteigenossen zu regeln hat. Es ist nicht notwendig, daß wir diese Angelegenheiten im Plenum, vielleicht zum Gaudium unserer Feinde, besprechen. Aber es muß über die Sache Klarheit geschaffen werden; das geschehe aber am besten in einer Kommission.

Der Vorsitzende hält es für zweckmäßiger, diesen Antrag an der Stelle zu beraten, wo die Anträge aus der Mitte des Parteitages zur Berathung kommen. In diesem Stadium der Verhandlung können nur etwaige Bedenken gegen die Parteileitung zur Sprache kommen, nicht aber persönliche Streitigkeiten. Der Antrag Schmidt könne nur als selbstständiger Antrag behandelt werden.

Schmidt hält seinen Antrag aufrecht. Von Seiten der Parteileitung und der Fraktion ist der Vorwurf erhoben worden, daß ein großer Theil der Genossen sozusagen mit der Polizei in Verbindung steht (große Unruhe; Glocke des Präsidenten).

Vorsitzender: Ich kann nicht zugeben, daß dieses Thema in der Breite hier verhandelt wird. Will aber der Genosse Schmidt nicht Abstand nehmen, so mag er seinen Antrag schriftlich einreichen. Der Antrag wird dann geschäftsordnungsmäßig erledigt werden.

Schmidt: Dies wird sofort geschehen.

Wilschke-Berlin (zur Geschäftsordnung): Man sollte doch die Vorurtheile gegen die Berliner Genossen fallen lassen. Wenn wirklich von den Berliner Genossen ein Votz geschossen worden ist . . .

Vorsitzender: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung.

Wilschke: Ich wünsche nur, daß Redewendungen, wie vorhin gegen Gen. Werner, welche persönliche Zwistigkeiten oder Störungen hervorrufen könnten, vom Bureau unterdrückt werden.

v. Vollmar bittet dem Antrage Schmidt statt zu geben. Es werde damit vermieden, daß diese Angelegenheiten mit der eigentlichen Debatte über den Bebel'schen Bericht verquickt werden. Es werde damit der Sache die persönliche Spitze abgebrochen, und er zweifle nicht, daß sie in der Kommission befriedigend erledigt werden. (Zustimmung.)

H

Bebel: Es thut mir leid, daß ich dem Gen. Vollmar entgegen treten muß, weil ich auch beim besten Willen nicht zu sehen vermag, was der Berliner Freund will und warum er Ursache hat, sich zu beschweren. Eine Animosität gegen die Berliner liegt nicht vor, sie sind ja auch hier genügend vertreten. Ebenso weiß ich nichts von persönlichen Streitigkeiten zwischen der Parteileitung und den Berliner Genossen. Ich bestreite, daß Schmidt da im Namen der Berliner Genossen sprechen kann. Hat das eine oder andere Fraktionsmitglied Berliner Genossen beleidigt oder verletzt, dann möge man bestimmte konkrete Thatfachen und Personen anführen, und dann wollen wir die Kommission wählen. Wir können aber keine Kommission wählen, wo wir gar nicht wissen, was in dieser Kommission verhandelt werden soll. Bis jetzt liegt nichts vor, was bei den nächstfolgenden Punkten der Tagesordnung nicht hier vor offenem Plenum verhandelt werden wird. Es sind das Kontroversen in Bezug auf die Parteitaktik, die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion u. f. w. Da wird die Fraktion Rede und Antwort stehen. Eine solche Kommission müßte die Fraktionsmitglieder als Angeklagte oder Zeugen vernehmen, und was kommt schließlich heraus? Ich weiß es nicht, denn soweit es sich um allgemeine Angelegenheiten handelt, gehören sie überhaupt vor den Parteitag, soweit es sich aber um persönliche Reibereien handelt, müssen diese hier kurz angeführt werden, damit der Parteitag genau entscheiden kann, ob es der Mühe werth ist, eine solche Kommission zu wählen.

Stolle-Gesau glaubt, daß nur solche Anträge angenommen werden dürfen, welche mit dem Punkt der Tagesordnung direkt zusammenhängen.

Der Antrag Schmidt-Berlin wird hierauf mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Diskussion wendet sich wieder zu dem Bebel'schen Bericht.

Haburg-Potsdam wünscht ein möglichst billiges Parteiblatt für die ländlichen Arbeiter. Es sei dankbar anzuerkennen, daß die großen Städte, namentlich Berlin, die Agitation in den ländlichen Kreisen unterstützt hätten, es sei aber sein, des Redners, Wahlkreis dabei nicht berücksichtigt worden.

Werner-Berlin: Parteigenossen! Als die große Versammlung in der Lips'schen Brauerei in Berlin stattfand, wandte ich mich zum Schlusse derselben an Genossen Singer mit der Frage: soll hier durch diese Resolution die Meinung der Berliner Genossen irgendwie in Frage gestellt, den Berliner Genossen ein Maulkorb umgelegt werden? Da erklärte Singer, nein, dies wird nie und nimmermehr stattfinden. Den Genossen Bebel hat ich in derselben Versammlung, er möge der vermeintlichen Opposition doch wenigstens Gehör schenken — sonderbarer Weise stand an den Sitzsäulen: große

H



Vollversammlung, erster Punkt der Tagesordnung Referat von August Bebel. Der Name in ziemlich großen Lettern. In dieser Versammlung sind viel mehr Leute erschienen, die mal den Abgeordneten Bebel wollten sprechen hören; Singer und Bebel wissen aber sehr gut, daß die Berliner Parteigenossen doch auch noch ein anderes Forum hatten unter dem Sozialistengesetz, wo sie sich viel eingehender und genauer mit diesen Parteifragen beschäftigen konnten — ich sagte: „die Leute geben etwas auf Ihren Namen, schaffen Sie den Leuten wenigstens Gehör, damit die Zuschauer wenigstens ein objektives Urtheil gewinnen können. Wir wollen sagen, daß die Berliner Opposition nicht aus reiner Lust zur Opposition Opposition macht“ (Unruhe). Als ich nun Bebel hat, er möchte wenigstens ein Wort einlegen und Ruhe stiften, ein Wort von ihm würde genügen, da zuckte er die Achsel und sagte, das geht mir nichts an. Das ist nicht die richtige Art und Weise, aufzutreten und der Objektivität die nöthigen Bahnen zu ebnen.

Der Rechenschaftsbericht Bebel's war viel zu einseitig. Ueber die Thätigkeit der Parteileitung in der Frage des 1. Mai hat Bebel nichts gesagt. Ich mache der Parteileitung nicht den Vorwurf, daß sie sich in diese Frage eingemischt hat, sondern daß sie den Aufruf zu spät erlassen hat. Man hat erst ein halbes Jahr in Deutschland Beschlüsse fassen lassen, ehe man sich darüber in der Parteileitung einigte.

In der Unterstützung der Freisinnigen bei den Stichwahlen hat die Parteileitung dem Beschlusse des St. Galler Parteitages zuwider gehandelt. Sie hat diesen Beschluß einfach wegdekretirt und gesagt, die politischen Verhältnisse haben sich geändert, ergo müssen wir jetzt für unseren Erbfeind, dem Freisinn, doch noch unsere Stimmen abgeben.

Es giebt keinen Unterschied zwischen Parteigenossen erster und zweiter Güte, ich verlange für jeden einzelnen Parteigenossen das gleiche Recht, und deshalb bin ich für die Prüfung dieser Angelegenheit in einer Kommission. Wir Opponenten werden Gelegenheit haben müssen, Ihnen das Material zu geben, warum wir Opponenten sind. Wir wollen der Versumpfung in der Partei entgegenzutreten (lebhaftes oh! fortdauernde Unruhe) . . . nun, ich will den Ausdruck „Versumpfung“ zurücknehmen, ich will sagen, wunder Fleck, der schließlich zu einer Krankheit ausarten könnte (lebhafter Widerspruch). Sie wissen, daß ich mit Grillenberger einen Streit hatte. Ich will Ihnen zeigen, wie uns gegenüber eine Abschlagung vor sich geht. Grillenberger, den ich nur oberflächlich gesehen und dem ich nur einmal guten Abend gesagt, über den ich vorher kein Wort gesprochen und den ich nachträglich in einer Versammlung sogar in Schutz genommen gegen einen nicht anständigen Angriff — er hat mich in Nürnberg des Geschäftssozialismus beschuldigt. Ich

habe jeder Zeit auf dem Posten, wo ich stand, meine Schuldigkeit gethan (Zustimmung bei einem Theil der Berliner Delegirten). Ich glaube auch nicht, daß der Abgeordnete Grillenberger schuld ist, sondern es hat sich eine Zwischenperson zwischen die Parteileitung und die Berliner Genossen eingedrängt, wofür ich den Beweis bringen werde. Diese Zwischenperson hat sich nur ein gutes Ansehen geben wollen, um die Berliner Genossen bei der Parteileitung in Mißkredit zu bringen. Ich werde diese Person nachher in der Kommission namhaft machen. Nun ein Wort über meinen „Geschäftssozialismus“. Als ich wegen meiner Agitation aus allen meinen Stellungen in Berlin entlassen wurde, wandte ich mich an das Berliner Volksblatt um die Stelle als Maschinenmeister. Die Stelle war frei, ich wollte Niemand verdrängen. Da wurde mir gesagt, Ihre Ansprüche sind um 3 Mark zu hoch, das kann das Parteiblatt nicht tragen (große Unruhe; Rufe: Unwahrheit! Lüge!). Ich rufe den Herrn Bading, als Drucker des „Volksblatt“, zum Zeugen an, mit dem ich eine Unterredung gehabt, daß das keine Lüge ist. Ich war nun genöthigt, mich selbständig zu machen, weil ich dort keine Arbeit bekam. Nach kurzer Zeit stand in der „Frankischen Tagespost“ eine Briefkastennotiz; „leider ist es nur zu wahr, daß es in Berlin Geschäftssozialisten giebt; die Adresse des Briefschreibers, der uns dies mittheilt, steht zur gefälligen Verfügung“. Ich wandte mich an Grillenberger mit dem höflichen Ersuchen, er möchte mir die Adresse des betreffenden Parteigenossen mittheilen. Darauf erhielt ich folgende Karte: „Die bewußte Adresse steht für Parteigenossen zur Verfügung, für Sie nicht.“ (Rufe: Pfu!) Es sollte nicht in der Partei die Gewohnheit Platz greifen, Andere mit Schmutz zu bewerfen. Ich habe der Parteileitung noch ganz andere Dinge vorzuwerfen. (Bebel: heraus damit!) Sie Alle wissen, wie gegen den jetzigen Abgeordneten Schippel, früherem Parteigenossen zweiter Güte, vorgegangen wurde. Einige hervorragende Parteigenossen haben sich nicht entblödet, die Berliner Volkstribüne als Polizeiblatt hinzustellen. (Sehr richtig!) Sie haben die Person des Redakteurs beschimpft. Wenn man diesen Terrorismus weiter gehen läßt, dann ist es schade um unsere Partei. Diese Abschlagung durch einzelne Abgeordnete und durch die Parteileitung dürfen wir nicht noch länger dulden. Wir müssen uns darüber beschweren, daß unsere Abgeordneten zur ausländischen Presse gehen und in derselben Jeden, der es wagt, ihnen Opposition zu machen, heruntermachen, daß sie von unfauberen Elementen in der „Volkstribüne“ sprechen u. s. w. Ein Abgeordneter hat in einer Arbeiterzeitung geschrieben: seht Euch diese Leute einmal an, sie haben die bekannten Beziehungen zum Mollenmarkt. Ich fordere die Parteigenossen auf, uns zu beweisen, daß wir Schurken und erkaufte Verräther unter uns haben. Wir protestiren ganz energisch gegen die-

artiges Gebahren einzelner Abgeordneten. Die Parteileitung hätte dagegen eintreten müssen. Ich werde die vorhin erwähnte Karte, damit ich nicht der Fälschung geziehen werde, hier zirkuliren lassen.

Leutert-Apolda: Die Genossen aus der Provinz haben gar kein Interesse daran, daß auf dem allgemeinen Parteitag persönliche und lokale Fragen in verletzender und beleidigender Form erörtert werden. Darüber mag eine Kommission entscheiden. Dies Forum ist zu heilig, als daß wir damit unsere Zeit vergeuden.

Thieß-Hamburg: Ich hatte es den persönlichen Gefühlen der Berliner Genossen zu Gute, wenn sie in recht derber und aufgeregter Weise ihre Angelegenheiten erörtern. Es wird doch nicht so ohne Weiteres möglich sein, über diese Dinge hinwegzukommen, wie der letzte Redner meinte. Ich habe hier insbesondere die Postkarte Grillenbergers im Auge. Zimmerhin gehört doch der durch dieselbe schwer gekränkte Berliner Genosse zu uns, sonst hätte man ihn nicht nach hier gesandt. Er muß also das Vertrauen der Genossen genießen. Ich möchte aber bitten, daß wir diesen leidenschaftlichen, förmlich gefäßlichen Ton zu vermeiden suchen. Kehren wir mehr den Genossen heraus! Schließlich möchte auch ich um Aufklärung bitten, weshalb die Fraktion in der Frage des ersten Mai so spät das Wort ergriffen hat.

Wilschke-Berlin: Den Vorwurf, den Werner Bebel wegen der Lips-Versammlung machte, muß ich entschieden zurückweisen. Wäre eine Versammlung aus dem Kreise der internen Genossen einberufen worden, so hätte man denselben Vorwurf erhoben wie in Dresden, wo durch Zirkular eingeladen war. Alle, welche in jener Versammlung und in der Nähe Bebels waren, werden den Eindruck gewonnen haben, daß er eine Schlichtung herbeizuführen suchte.

Betreffs der Thätigkeit des Parteivorstandes zum 1. Mai muß ich dem Genossen Werner beipflichten. Durch die Erklärung der Fraktion wurden die großen Hoffnungen, die man auf den 1. Mai gesetzt und zu denen man schon Vorbereitungen getroffen hatte, zu nichte gemacht. Die Aufregung darüber war in den Berliner Gewerkschaften eine sehr große. Ebenso verhält es sich mit der Haltung der Parteileitung in der Frage der Stichwahl. Auf dem St. Gallener Parteitage und auch bei anderen Gelegenheiten ist die freisinnige Partei mit den anderen bürgerlichen Parteien als die eine reaktionäre Masse bezeichnet worden; wir hatten deshalb keine Ursache, dieser Partei eine Begünstigung zu Theil werden zu lassen und für sie einzutreten.

Von einer Verumpfung der Partei kann darum jedoch keine Rede sein. Tritt eine Verumpfung ein, dann ist nicht der Parteivorstand oder die Parteileitung schuld, sondern es sind diejenigen Genossen schuld, die sie eintreten lassen. Einzelne Fehler lassen

H

sich leicht korrigiren; dagegen muß ich allerdings Verwahrung einlegen, daß man, wie es von dem Leipziger „Wähler“ geschieht ist, unsern Freund Schippel als Anarchisten oder dergleichen bezeichnet. Wenn wir Freunde Schippels sind, nun, ist das ein Fehler? Ich bin noch heute sein Freund. — Die Ausführungen Werner's zeigen, daß es unbedingt notwendig ist, eine Kommission zur Prüfung der ganzen Angelegenheiten niederzusetzen.

Inzwischen ist folgender Antrag eingegangen:

Die Versammlung wolle eine Kommission, bestehend aus neun Personen, einsetzen zur Untersuchung der vom Genossen Werner vorgebrachten Beschwerden

- a) gegen den Genossen Grillenberger,
  - b) gegen das von ihm der Kommission zu benennende Mitglied, das sich zwischen die Parteileitung und Berlin gedrängt haben soll,
  - c) gegen seine Behandlung bei Bewerbung um Anstellung im „Volksblatt“,
  - d) gegen zu scharfes Vorgehen gegen Genosse Schippel,
  - e) gegen ungerechte Bezeichnung Berliner Genossen als Spibel.
- Arthur Stadhagen.

Unterstützt durch Wilschke, Klein, Janiszewski, Porges, Hirsch, Plasse, Wurm.

Gummel-Frankfurt a. M.: In Bezug auf die Maifeier ist der Fehler gemacht worden, daß die Fraktion nicht sofort Stellung nahm, als in den großen Versammlungen in Berlin und Hamburg beschlossen wurde, am 1. Mai zu feiern. In der Resolution der Fraktion war freilich gesagt worden, daß man am 1. Mai feiern könnte, aber der moralische Eindruck konnte nicht erzielt werden, wenn die Demonstration nicht großartig ausfiel. Daran war aber nach Befassung der Resolution der Fraktion nicht mehr zu denken. Es wird darauf zu sehen sein, eine derartige unsichere Haltung in Zukunft zu vermeiden.

Wenn die Fraktion in der letzten Stunde vor den Stichwahlen für den freisinnigen Kandidaten zu stimmen anrieth, so billige ich das prinzipiell eigentlich auch nicht. Es war ein Verstoß gegen den St. Gallener Beschluß. Es ist aber zu berücksichtigen, daß die Wähler in den einzelnen Kreisen bei den Stichwahlen doch für den Freisinnigen gestimmt hätten. Daß wir offen als Partei eintreten für eine andere Partei, würde ich entschieden mißbilligen; wenn aber die Genossen einmal wählen, dann mögen sie wenigstens für einen Kandidaten stimmen, der nicht mit der Regierung durch Dick und Dünn geht. So wollen wir es auch künftig halten; aber wir beanspruchen keine Gegenleistung, wir verzichten auf alle Kompromisse.

H

Die Gründung eines Organs für die ländlichen Arbeiter würde ich mit Freude begrüßen. Es müßten aber schon vorher, sobald wie möglich, Flugblätter für die Landleute und besonders für die katholischen Gegenden zur Bekämpfung der Zentrumspartei massenhaft verbreitet werden.

Schulze-Erfurt: Wir müssen Alle wünschen, daß der Streit zwischen den Berliner Genossen und der Fraktion endgültig gelöst werde. Die Ursache des Streits liegt darin, daß ein Teil der Genossen sich noch nicht in die neuen Verhältnisse nach dem Sozialistengesetz hat finden können. Wenn der Parteitag erst gesprochen hat, dann werden alle Mißverständnisse schwinden.

Auch ich kann es nicht billigen, daß in Bezug auf die Maifeier von der Fraktion abgewartet ist. Wäre sie großartig und unbeeinflusst vor sich gegangen, die Maßregelungen wären mindestens nicht größer gewesen als es der Fall war. Aus unserem Zwiespalt schöpften unsere Gegner den Muth, um gegen die Arbeiter, die trotzdem feierten, Front zu machen. Wäre in ganz Deutschland gefeiert worden, wo hätte man die Streifbrecher für Hamburg herbeikommen? Doch denken wir lieber an die Zukunft. Da möchte ich Ihnen zur Erwägung anheimgeben, ob es nicht zweckmäßig wäre, auch ein Blatt für Arbeiterinnen herauszugeben, welches der Provinzialpresse zum Herstellungspreis als Sonntagsbeilage überlassen werden könnte.

Was die Agitation betrifft, so müssen besonders das Land und die Industriedörfer berücksichtigt werden.

Gay-Marburg: Auch wir in Hessen sind der Ueberzeugung, daß für die ländliche Bevölkerung etwas geschehen muß, wenn anders wir Böckels Agitation gegenüber nicht in einzelnen Distrikten zurückweichen sollen.

Was den 1. Mai betrifft, so war es sehr gut, daß die Fraktion abwiegelte, denn unsere Gegner haben nur auf einen Vorwand zu Maßregelungen gelauert. Deshalb war es gut, daß es in das freie Ermessen der Arbeiter gestellt wurde, zu feiern oder nicht. Ich bin von Marburg besonders beauftragt worden, dies hier zu erklären. Außerdem bin ich beauftragt worden, dahin zu wirken, daß in dem Programm die Bestimmung stehen bleibt: Die Religion ist Privatfache.

Frau Threr: Die Vorbereitungen zur Herausgabe einer Frauenzeitung sind nahezu abgeschlossen; es bedarf nur noch der Zustimmung meiner Genossinnen. Beilagen in der Form von Unterhaltungsblättern haben gar kein Resultat erzielt, sie dienen nur zur Unterhaltung der Frauen, wie viele andere Klatschblättchen auch. Uns thut eine wirkliche Frauenzeitung noth, und nach den mir gewordenen Mittheilungen bin ich sicher, daß die Frauen diese Zeitung auf der Höhe der Zeit erhalten werden (Bravo), vorausgesetzt, daß die

H

Genossen uns in der Weise unterstützen, daß sie ihre eigenen Frauen dafür anregen. (Geisterkeit und Beifall.) Wenn der Mann seiner Frau sagt, wir halten ja schon eine Zeitung, dann ist alle unsere Mühe vergebens. Auf dem Pariser Congress sind alle Genossen verpflichtet worden, die Frauenbewegung in jeder Weise, also geistig und materiell, zu unterstützen. Was ist bisher geschehen? Von Seiten der Männer, mit wenigen, rühmlichen Ausnahmen, so gut wie nichts. Wir Frauen haben noch keine Fonds, und man hat uns gesagt: Ihr könnt nicht zum Parteitag entsandt werden, weil Ihr keine materiellen Mittel habt. Ja, da hättet Ihr Männer die Pflicht, für uns einzutreten. Wir wollen keine Extrabewegung für die Frau, keinen Sport; wir wollen nur die allgemeine Arbeiterbewegung unterstützen, rechnen dann aber auch auf Eure Unterstützung. Also behandeln Sie uns nicht so kühl abweisend, und unterstützen sie uns materiell. Wir haben ein Recht darauf, von Ihnen als vollberechtigte Genossinnen behandelt zu werden. Unterstützen Sie uns materiell und geistig, das wird seine Früchte tragen. Es handelt sich hier nicht um Spielereien, sondern um den vollen Ernst der Zeit! (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Hierauf wird die Sitzung abgebrochen. Schluß 1 Uhr.

### Nachmittagsitzung.

3 Uhr. Den Vorsitz führt Diez, welcher die Schriftführer Ernst-Berlin, Schwarz-Lübeck und Dertel-Nürnberg auf das Bureau beruft.

Die Diskussion über Punkt 1 der Tagesordnung wird fortgesetzt. Es sind ca. 40 Redner gemeldet.

Germer-Groißsch: Mit Freuden begrüße ich, daß unsere Agitation jetzt die ländlichen Kreise kräftiger in Angriff nehmen soll. Es muß dort in der That in Zukunft viel mehr geschehen. Populär gehaltene Flugblätter müssen die Vorarbeit besorgen. Wir dürfen nicht hoffen, daß das Organ, welches wir für die ländlichen Arbeiter erscheinen lassen, von denselben auch sofort gehalten wird; im Sommer haben die Leute kaum Zeit zum Lesen, und wenn sie dafür noch Geld ausgeben sollen, thun sie es erst recht nicht. Also muß für unentgeltliche Verkäufe gesorgt werden, zunächst auch auf dem von Berlin empfohlenen Wege, die gelesenen Blätter aufs Land zu schicken und so den Landarbeitern Gelegenheit zu geben, sie zu studiren. Auf dem flachen Lande, wo Industrie fehlt, ist die Agitation besonders schwierig; dort hat man stellenweise unsere Genossen fürchterlich mißhandelt. Auch hier muß besonders in der ersten Zeit durch Flugblätter vorgearbeitet werden.

H  
4

Ein inzwischen eingelaufener Antrag Guttentstein und Genossen, die Differenzen der Berliner Genossen vollständig von der Diskussion zu trennen, wird zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende darauf verwiesen, daß der Antrag Stadthagen ausdrücklich mit zur Debatte gestellt ist.

Wegner-Berlin 1: In den beiden Fragen des Verhaltens der Fraktion zum 1. Mai und betreffs der Stichwahlen habe ich klarzustellen, daß die von Werner als Berliner vertretene Anschauung nicht von allen Berliner Genossen getheilt wird. Im 1. Wahlkreise, und auch in mehreren anderen, ist man mit dem Für und Wider kurz vor dem 1. Mai nicht einverstanden gewesen; aber darin, ob der Fraktion lediglich die Schuld hierfür beizumessen sei, gingen die Ansichten weit auseinander. Ein großer Theil der Genossen stand und steht auf dem Standpunkt, daß der erste Schritt zum Auseinandergehen der Anschauungen von der „Berliner Volkstribüne“ gethan worden ist. Sie meinen, dieses Blatt hätte sich vorher näher bei der Fraktion informiren müssen. Ein Fehler ist damit begangen worden, daß das Protokoll des vorjährigen Pariser Kongresses, welches den bezüglichen Beschluß enthielt, so spät an die Öffentlichkeit gelangt ist. Denn aus diesem Protokoll hätte mit Leichtigkeit ersehen werden können, daß der Beschluß nicht so strikte auf allgemeines Feiern lautete. Auch bezüglich der Stichwahlen waren in Berlin die Meinungen sehr getheilt. Vielfach aber hat die Ansicht vorgeherrscht, daß in der Aufforderung der Fraktion ein Verstoß gegen den Beschluß von St. Gallen nicht gefunden werden kann. Auch ich habe dieses taktische Vorgehen dahin aufgefaßt, daß möglichst das Kartell gesprengt werden sollte. Lautet das Urtheil jetzt anders, weil wir wiederum vor einem Kartell stehen, so ist das Urtheilen nach vollzogenen Thatfachen bekanntlich leichter, als vorher. Man ist stets klüger, wenn man vom Rathhause kommt. Ich bestreite nun aber entschieden, daß gerade diese beiden Punkte die Opposition in Berlin hervorgerufen haben. Die Opposition ist viel älteren Datums, sie ist Jahre lang früher schon vorhanden gewesen; schon vor 4 Jahren hat sie sich breit gemacht, indem sie dem St. Gallener Beschluß eine ganz andere Auslegung gegeben hat, als er sie zuläßt. Die Opposition ist damals schon gegen die Stadtverordnetenwahlen mit einem gewissen Terrorismus aufgetreten. Ebenso in jüngster Zeit, wo große Versammlungen mit erdrückender Mehrheit für die Beteiligung entschieden, erklärte Werner gerade heraus, er füge sich nicht; für dieses Mal allensfalls noch, aber im Allgemeinen müsse er auf seinem Standpunkte beharren. Die Opposition hatte sich also gewissermaßen in Permanenz erklärt; sie benutzte die erwähnten beiden Beschwerdepunkte nur als Vorwand. Der Kommission muß das Material, wenn sie gründlich prüfen soll, auch vollständig geliefert werden. Wenn hier gefolgert worden ist, daß

der Zwiespalt des 1. Mai die wesentliche Ursache der späteren Maßregelungen geworden sei, so gebe ich zu bedenken, daß, selbst wenn die Fraktion die Parole „allgemeine Feier“ ausgegeben hätte, dieselbe doch den gewünschten imposanten Charakter nicht würde getragen haben, weil die gewerkschaftliche Organisation noch nicht so weit gekräftigt ist, um jeden Einzelnen, mindestens aber die große Masse vor Maßregelungen zu schützen. Ich besorge leider, daß, wenn der Parteitag entschiedener Stellung gegen die Opposition nimmt, diese nicht nur nicht aufhören, sondern neue Anknüpfungspunkte finden wird. In der Sache selbst bitte ich die Einsetzung einer Kommission zu beschließen, und diese Kommission möge unparteiisch und streng prüfen! (Lebhafte Beifall.)

Wolderauer-Karlsruhe: Das Referat Bebel's ist mit Unrecht als einseitig bezeichnet worden. Was uns Bebel über die Vorgänge in der Partei während 12 Jahre in einer Stunde berichtet hat, war nicht einseitig, sondern sehr vielseitig, namentlich was unsere Aufgaben für die Zukunft betrifft; und damit haben wir uns doch vor allem zu befassen. Bezüglich des Vorwurfs der zu späten Ausgabe der Parole zum ersten Mai meine ich, die Parteileitung hat sich zunächst über die Verhältnisse im ganzen Lande, über die Stimmung in den einzelnen Gewerkschaften orientiren wollen; die Parole, so spät sie kam, war die einzig richtige. Man darf die Berliner Gewerkschaften nicht mit denen bei uns im Süden vergleichen. — Bei den Stichwahlen ist es uns in Baden gerade durch die angerathene Taktik gelungen, den Liberalismus völlig aus dem Felde zu schlagen; selbst den Wahlkreis Karlsruhe haben wir uns näher gebracht. Seit dem St. Gallener Kongreß haben sich eben die Verhältnisse, und mit ihnen die Ansichten, erheblich geändert. Die Thätigkeit der Parteileitung bitte ich in Zukunft dahin zu lenken, daß alle Kraft auf die Wahlkreise verwandt wird, wo die Genossen am Platze zu schwach sind. In diesem Punkte hätten wir Grund zu klagen; wir machen aber doch keine Opposition, denn wir wissen, daß die Leitung alles thut, was irgend in ihrer Macht steht. Die Berliner würden ihrer Sache viel mehr dienen, wenn sie sie mit größerer Ruhe und ohne alles Vereinzliche persönliche Momente vorbringen würden. Ich muß mich ganz entschieden gegen solche Zeitvergeudung erklären. (Beifall.)

Grenz-Chemnitz: Auf die beiden taktischen Fragen wird Bebel wohl noch näher eingehen. Ich denke über dieselben ähnlich wie Werner; aber dieser würde seiner Sache mehr Sympathien erwerben, wenn er nicht immer auf die Fraktion hinwies, als auf den Bösewicht, der da wieder diese oder jene große Sünde begangen habe. Auch die Parteileitung ist nicht unfehlbar. Wie gerade die Berliner die Schuld für den ersten Mai der Parteileitung zuschreiben wollen, verstehe ich nicht. Diese tüchtigen

Berliner Genossen hätten doch selbstständig etwas Verständiges leisten können. Aber wenn sie nicht geführt werden, gehen sie umher wie die irrenden Schafe (Heiterkeit); das zeigt, daß sie der Führung und Leitung noch sehr bedürftig sind. Im sächsischen Erzgebirge sind wir verständiger vorgegangen. Wenn in Versammlungen die Inszenierung großer Streiks beschlossen wird, so genügt uns das nicht; wir haben Fragebogen an alle Arbeiter verschickt, wodurch wir einmal Zeit gewinnen, und dann auch die wahre Meinung der Arbeiter erfahren wollten. Es ergab sich, daß zwei Drittel aller Arbeiter gegen die Feier waren. So hätten sich doch die Berliner Genossen, welche sonst so sehr vorneweg sind, auch einmal ohne den Rath der Fraktion behelfen können! Für das Vorgehen der Fraktion bezüglich der Stichwahlen glaube ich herausgefunden zu haben, was sie uns hat sagen wollen: Wenn wir über einen recht sumpfigen Graben hinüberzwingen wollen und nicht mit einem Satz hinüberkommen können, dann sollen wir erst einmal in der Mitte festen Fuß fassen; wir können die Arbeitermassen nicht sofort zur Sozialdemokratie hinüberziehen, sondern müssen unter Umständen auch einmal unter den bürgerlichen Parteien das kleinere Uebel, z. B. die Freisinnigen, wählen. Schippel ist leider von verschiedenen Seiten ganz gefährlich verdächtigt worden. Von einigen Freunden aus dem hohen Norden ist wörtlich gesagt worden: „Paßt mal auf, was das werden wird!“ Auf Grund der Schreibweise der „Volkstribüne“ ist ihm zur Last gelegt worden, daß er irgendwie mit einer anderen Gesellschaft zusammenhängen müsse und dergleichen. Schippel hat, glaube ich, gezeigt, daß er zu uns gehört; er hat so agitiert, daß ihm die Agitation neun Monate eingebracht hat. Die Klagen der Berliner über die schwere Arbeit, die sie hätten, sind unberechtigt. Sie sollten mal in die Bezirke gehen, wo nicht immer 2000 Mann in einer Versammlung anwesend sind, wo die Leute einzeln befehrt werden müssen. — Redner spricht sich weiter für eine rege Landagitation und für eine eigene Frauenzeitung aus.

Franz Berndt-Berlin IV: Genosse Mezner hat schon zutreffend bemerkt, daß man nicht glauben solle, es ständen alle Berliner Parteigenossen durchgehends zu der Ansicht von Werner und Wildberger. Ich bestätige hier, daß ich trotz meiner abweichenden Ansichten mit der größten Majorität gewählt worden bin. Ich muß auch dagegen protestieren, daß Werner so thut, als spräche er hier für die gesammten Berliner. Er ist nicht in Berlin, sondern in Zeltow-Weeslow gewählt. Hört man ihn, so muß man meinen, in Berlin sei nur Pech und Schwefel vorhanden, dort sei alles gewillt, gegen die Fraktion zu gehen. Wenn Werner sagt, die Berliner leiden an Oppositionsmuth, so sage ich aus voller Ueberzeugung: zum Theile trifft das zu; aber die Berliner Opposition

ist eine künstlich erzeugte, erzeugt von einigen wenigen Personen (Zurufe), diese Ueberzeugung kann mir niemand aus dem Herzen reißen (sehr gut! und Beifall). Berlin ist keineswegs das Heerlager der Opposition. Man sollte diesen Leuten tiefer ins Herz, in die Augen sehen, ihre Intelligenz prüfen. Wenn ich oder ein anderer mit der Fraktion sich einverstanden erklärt, muß es da nicht sehr unangenehm berühren, wenn es dann immer heißt: man tutet in das Horn der Fraktion mit hinein? Versammlungen, die zu demselben Resultat kommen, spricht man Urtheil und Verständnis ab, nennt sie nach der Theorie des Herrn Wille eine Hammelheerde! Dagegen protestire ich; ich folge der Bemannung! (Bravo!) Bezüglich der Stichwahlen hat nicht die Fraktion, nicht die Parteileitung einen Fehler gemacht, sondern die Genossen, welche auf dem St. Gallener Parteitage den Enthaltungsbeschluß faßten. Unsere Taktik muß sich den jeweiligen Verhältnissen anpassen; wir sind eine Partei der Entwicklung. Thoren wären wir gewesen, wenn wir angehängt der Ergebnisse des 20. Februar nur an dem alten Grundsatz hätten festhalten wollen. Das Vorgehen der Parteileitung war also völlig motivirt. Was den 1. Mai betrifft, so sollte Genosse Werner doch mal selbst in sich gehen. Heute war der Kongreß in Paris geschlossen, übermorgen schon fanden in Berlin Versammlungen statt, in denen sofort beschlossen wurde, den 1. Mai zu feiern, ohne genau zu wissen, wie denn der Kongreßbeschluß eigentlich lautete. Das wirkte epidemisch; überall ging der Antrag durch, den 1. Mai zu feiern. Man war förmlich mild. Vielen andern aber kam auch schon damals der Gedanke, ob ein gemeinsames Feiern am 1. Mai nicht zu Scenen führen könnte, die der Einzelne dann schwer verantworten müßte. Das ist meine und zahlreicher Genossen Ueberzeugung, die Ueberzeugung der Majorität der Berliner Genossen, die spreche ich aus und bitte deshalb, nicht von uns zu sagen, das sei bloß eine Hornuterei gewesen. (Lebhafter Beifall.)

Es wird von zwei Seiten der Schluß der Debatte beantragt und ausreichend unterstützt.

Nachdem Pittak für und Horn-Löbtau gegen den Schluß gesprochen, wird der Antrag abgelehnt.

Gewehr-Übersfeld: Diese unerquicklichen Streitereien sind auch eine Folge des Ausnahmegesetzes, welches das Spitzelsystem großgezogen hat. Berechtigte Beschwerden und persönliche Mäkelien werden mit einander vermengt. Viele Parteigenossen glauben, es sei Manchem bloß darum zu thun, dieses oder jenes Mitglied der Fraktion zu stürzen. Nur ein Vorwurf gegen die Fraktion ist nicht so ganz unbegründet, das betrifft den 1. Mai. Thatsächlich ist der Vorschlag der Fraktion zu spät gekommen. Dagegen kann ich im Verhalten der Fraktion zu der Stichwahlfrage einen Fehler nicht

erblicken. Weiter will Redner die Landagitation nicht bloß durch Blätter, sondern auch durch geeignete Personen betrieben wissen, die von der Partei pekuniär zu unterstützen seien.

Fell-Leipzig: Redner findet, daß die Beschwerden Werners einfach auf gewöhnliche Zänkereien hinauslaufen. Die Maifeier sei schwerer durchzuführen, als sich Mancher träumen lasse. Unsere Abstimmung möge beweisen, daß wir mit der Amtsführung der Parteilleitung voll und ganz einverstanden sind. (Beifall.)

Zum zweiten Mal wird der Schluß beantragt.

Behrend-Frankfurt a. O. spricht für den Schluß, indem er konstatiert, daß noch 50 Redner eingetragen sind. Wenn wir sie alle hören wollen, brauchen wir noch 3 Tage, ohne in der Sache weiter zu kommen.

Wesch-Greifeld erklärt sich gegen den Schluß. Er sei beauftragt, den Willen seiner Wähler dem Parteitage darzulegen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Grillenberger: Werthe Parteigenossen! Ich will auf die Vorwürfe gegen die Parteilleitung nicht eingehen, das wird von Bebel noch besorgt werden. Ich muß aber auf die Angriffe Werners gegen mich zurückkommen, nachdem ich in solcher Weise herausgefordert worden bin. Die Erklärungen von Mezner und Berndt überheben mich eines Theils der Abwehr; ich hatte die Absicht, vor Allen nachzuweisen, daß die Berliner Opposition nicht Sache der Berliner Genossen, sondern Sache eines kleinen Kreises derselben ist. Werner behauptet nun, er sei von mir des Geschäftssozialismus beschuldigt worden, ich hätte die Berliner Genossen Spitzel genannt, und beschwert sich über die verlesene Postkarte. Die Sache mit letzterer ist vollständig richtig. Ich für meine Person erlaube mir eben, den Herrn Werner nicht als Parteigenossen anzuerkennen. Das ist mein privates Recht und das habe ich ihm privatim mitgetheilt. Nicht öffentlich, trotzdem er mich vorher aufs Größte im „Volksblatt“ beschimpft hatte. Als etwas später der Berliner Genosse Tempel an mich schrieb, habe ich ihm sofort Auskunft gegeben. Auch ich hätte mich lieber mit den Streitereien, welche von einer Anzahl jüngerer Elemente in der Partei, angeichts des Zuendegehens des Sozialistengesetzes vom Zaune gebrochen wurden, nicht befaßt; aber die Provinzialpresse hat die Angriffe der „Zungen“ so behaglich ausgeschlachtet und dadurch in unsere Reihen Verwirrung gebracht, daß es nothwendig wurde, dazu Stellung zu nehmen. Da habe ich denn öffentlich darauf hingewiesen, daß jetzt wieder Elemente auftauchen, wie vor dem Ausnahmegesetz, welche die Sozialdemokratie als Sport betreiben. Junge Studenten, Litteraten u. dgl., welche seinerzeit beim Erlaß des Ausnahmegesetzes zum Theil — nicht Alle — merkwürdig rasch verschwanden. Ich

H

warte, vor solchen Elementen auf der Hut zu sein. Ich frage Sie Alle, ob nicht das radaumäßige Treiben gewisser Berliner Elemente, die unter allen Umständen die Fraktion zu verdächtigen suchten, namentlich bei der Ausnutzung und Ausschachtung dieser Vorgänge durch die gegnerische Presse, als eine Schmach für die Partei anzusehen war! (Stürmische Zustimmung.) Wenn man, wie ich in meiner Eigenschaft als Abgeordneter, Jahr für Jahr seit 10 Jahren eine lange Reihe von Monaten in Berlin weilt, da bekommt man auch einen Einblick in das dortige Treiben, da lernt man die guten, braven Parteigenossen schätzen, aber auch die andern richtig würdigen. Nicht um die beiden Punkte handelt es sich bei der Berliner Opposition; welche jetzt in den Vordergrund gestellt werden; nein, seit Jahren schon wird bei jeder Gelegenheit die Fraktion von der Berliner Klique angegriffen und heruntergezogen, nicht mit objektiver Kritik, sondern stets geschäftig und mit verdächtigen Unterstellungen. Angesichts solches Treibens habe ich erklärt, daß vielleicht unehrliche Elemente hinter den Kulissen die Hand im Spiele haben möchten. In einer Versammlung im sechsten Wahlkreise hieß es z. B., Bebel und die anderen Abgeordneten verkehrten zu wenig mit den Berliner Parteigenossen; darauf erwiderte ich, das habe seine Richtigkeit; aber es habe in Berlin eine Zeit gegeben, wo man nicht sicher war, ob unter drei Genossen, wenn man mit ihnen zusammen war, nicht ein Spitzel sich befand. Damit sollten nicht die Berliner Genossen verdächtigt werden, wie man mir unglaublicherweise unterstellte, sondern ich wollte nur die Zustände, wie sie sich in Folge der infamen Spitzelzucht in Berlin herausgebildet hatten, charakterisiren. Kein Berliner Genosse, der nicht mit der Werner-Klique ein Interesse daran hat, Verwirrung in unsere Reihen zu tragen, wird die Richtigkeit meiner Behauptung bestreiten. Aber auch Niemand, außer Werner, wird aus der Konstatirung der Thatsache, daß die Spitzelbrut sich überall einzuschleichen suchte, eine Verdächtigung der Berliner Genossen, als seien es lauter Spitzel, herausfinden. Wenn es nicht Werner gethan hätte, ich selbst würde eine Untersuchungskommission beantragt haben, und vor derselben werde ich die Beweise für meine Behauptungen erbringen. Herr Bruno Wille, der noch gar nicht als Parteigenosse zu betrachten war, der erst abwarten wollte, ob er eine Lehrertelle befäme, in welchem Falle er der Partei nicht beitreten zu können erklärte (Geiterkeit), trat plötzlich auf, sprach von Korruption, Versumpfung u. dgl. Dadurch veranlaßt, erklärte ich, Wille habe vielleicht den Begriff des Geschäftssozialismus von seinem Freund Werner kennen gelernt. Gegen das „Volksblatt“ erhebe ich den Vorwurf, daß es eine Erklärung Werners brachte, welche mich gräßlich beschimpfte, meine Erwidrerung aber unterdrückt hat. Trotz dieser Vorkommnisse kommt Herr Werner später und verlangt von mir die Nennung

H

jener Adresse! Da schrieb ich ihm, was hier verlesen worden ist. Ich beanspruche als mein Recht, Diesen oder Jenen als würdig anzuerkennen, Parteigenosse zu sein. So wenig ich Stöcker oder Most als Parteigenossen anerkenne, so wenig lasse ich mir akkroyiren, Werner als würdigen Genossen anzuerkennen. Es liegen noch andere Dinge gegen ihn vor (Werner: heraus damit!) in allgemein menschlicher Beziehung, für die ich auch der Kommission Beweise bringen werde. (Undauernder Beifall und Zischen; fortbauernde Bewegung.)

Stolle-Gesau: Es ist das Recht des Parteitages, an der Parteileitung Kritik zu üben; aber Werner ist weit über dieses Recht hinausgegangen. Er hat seine Kritik mit Persönlichkeiten vermischt, die absolut nicht hierhergehören. Was hat die Parteileitung mit der „Volkstribüne“ zu thun gehabt? Nichts! Was gehen Werner's persönliche Angelegenheiten mit dem Drucker des „Volksblatt“ den Parteitag an? (Sehr richtig.) Alle diese Privat-sachen sind in der Kommission auszusprechen. Wenn endlich der Leipziger „Wähler“ Stellung genommen hat gegen die „Tribüne“, mag sie scharf gewesen sein oder nicht, so geht das wiederum die Parteileitung gar nichts an. Wir haben ja noch den Punkt „Presse“ auf der Tagesordnung; sehen wir also jetzt davon ab. Auch Werner soll beweisen, daß ihm die Parteiangelegenheiten höher stehen, als seine eigenen. (Beifall.)

Liebkecht: Ich werde das Persönliche möglichst vermeiden und mich auf die Kritik der gegen die Parteileitung und Fraktion von der Opposition erhobenen Angriffe beschränken. Zunächst bin ich selbst hier herangezogen worden im Zusammenhang mit einem Artikel des „Wähler.“ Mein Name ist zwar nicht genannt, der Artikel ist aber von mir, ich bekenne mich zur Autorschaft. In jenem Artikel sollen die Berliner Genossen anarchistischer Taktik beschuldigt worden sein. Das ist beiläufig nicht der Fall; früher, so heißt es in dem Artikel, als noch anarchistelnde Elemente in Berlin vorhanden waren, wäre diese Taktik der Wahlenthaltung auf fruchtbaren Boden gefallen, — und das ist gewiß richtig, ich habe ja ihre Flugblätter selbst in Händen gehabt. Das Ganze ist aber schon verschiedene Jahre her; der Artikel trifft keinen der jetzigen Leute; man sieht, mit welchen Mitteln hier gearbeitet wird. Die Berliner Genossen aber schieben diese Opposition von den Rockschößen; in 5 Versammlungen, die ich dieses Jahr in Berlin abgehalten habe, ist sie mir niemals entgeggetreten. Da habe ich denn gefunden, daß diese sog. Opposition eine verschwinnende Mimorität ist, die ich bis jetzt noch nicht zu Gesicht bekommen habe. Ist es nun nicht eine anarchistische Kampfweise, wenn ich allen Parlamentarismus, die Theiligung an jeder Thätigkeit auf gesetzlichem Wege für verwerflich erkläre? Was bleibt uns dann

H

noch übrig? Diese jetzt so unreif vertretene Theorie ist ja schon früher, und zwar viel klarer und viel logischer, von Most gepredigt worden; das sind ja für uns alles „olle Kamellen“. Der Fraktion vorwerfen, daß sie nicht mit dem Kopf durch die Wand gerannt ist, heißt ihr das Zeugniß ausstellen, daß sie vernünftig gehandelt hat. Den letzteren Weg gehen vernünftige Menschen, den ersteren gehen Narren! (Stavo.) Wir verwerfen die rohe Gewalt. Und doch ist unsere Partei eine Partei der Revolution, das haben wir niemals verleugnet. Wir wollen die heutige Produktionsform umgestalten; das unterscheidet uns von allen übrigen Parteien. Aber in der Anwendung der Gewalt sind uns doch die Gegner über. Was uns unsere Kraft giebt, ist jene Agitation, welche an die Massen appellirt: unsere Taktik muß ihnen beweisen, daß wir in vernünftiger Weise nach Macht streben, um unsere Ziele zu verwirklichen. Was ist aus dem Appell an die Gewalt geworden? In einem Monat vollendet sich das dritte Jahr, das die Märtyrer von Chicago am Galgen ihr Leben endeten. Was hat sie an den Galgen geliefert? Die Theorie, welche Gewalt der Gewalt entgegen setzen wollte! Wenn wir uns auf den Boden stellen wollten, dann sind wir verloren. Wenn wir auch stark sind, wohlhan, gegen uns stehen 80% der Bevölkerung; wenn wir proklamiren, wir wollen nicht durch Gesetz, sondern durch Zertrümmerung des Gesetzes unser Ziel erreichen; nun wohlhan, wir haben 20%, unsere Gegner 80, sie haben die Armee, die Kanonen und die Polizei, sie stecken uns ins Zuchthaus oder besser noch ins Narrenhaus, denn dahin gehören wir! Gehen wir fort, wie wir begonnen haben, dann wird es besser werden; mit jedem Schritt vorwärts wächst unsere Macht. Wir repräsentiren eine Kraft, und wollen sie nicht durch thörichte Maßregeln einfach verpulvern. Wir wollen nicht für unsere Gegner arbeiten! — Was nun die Correspondenz in einem ausländischen Blatte betrifft, so habe ich die Sache in einer Notiz in einem dänischen Blatte berührt. In der ausländischen Presse war gesagt worden: Jetzt sind diese Parlamentarier alt geworden; das Proletariat, welches sie erweckt haben, drängt sich vor, die „Zungen“ fressen mit Haut und Haaren diese Allien auf. Solche Hanswurstden glaubten ja unsere Genossen nicht; aber unsere Genossen im Auslande und auch die Gegner mußten über die Lügenhaftigkeit solcher Berichte aufgeklärt werden. Und da frage ich: Ist es ehrenhaft, einen Mann, der unter dem Sozialistengesetz für ein auswärtiges Blatt schreibt, als Korrespondent dieses Blattes zu nennen, das nicht unter deutscher Zensur und nicht unter dem Ausnahmegesetz erscheint? Das ist einfach eine Denunziation! (Sehr richtig!) Dann hieß es noch im Anschluß an diese paar Zeilen, in denen ich die Opposition solchermaßen charakterisirt habe, ich hätte ein Preßbureau. Ich habe mein Urtheil einem auswärtigen Freunde, ich glaube es war Lafargue, geschrieben. Auf

H

dieses mein Urtheil nahm später ein Artikel im „Temps“ Bezug; ich selbst habe aber für dieses Blatt keine Zeile geschrieben. Auch nicht nach Oesterreich für das Wiener Parteiorgan. Der Genosse, der in dieses Blatt schrieb, hat sich mit seinem Namen als Verfasser des Artikels bekannt. Soll man sich denn, ohne das Recht der Vertheidigung, die Vorwürfe von Korruption und Verjüngung einfach gefallen lassen? War das ein einfacher Scherz von Ihnen? — für so scherzhaft, wie sie selbst sich nehmen, nehme ich sie nicht! Jeder eheliche Parteigenosse hat selbstverständlich das Recht der freien Kritik. Räsommiren Sie, schimpfen Sie, kritisiren Sie meine Person, es ist mir egal; aber schänden Sie die Partei nicht. Bedenken Sie nicht von Korruption einer Partei gegenüber, welche alle corrupten Elemente beseitigte, und welche gerade hier den Beweis liefert, daß sie keine unreinen Elemente haben will. Ich halte den nicht für einen wirklichen Parteigenossen, der die Partei derartig schädigt. Man soll nach dem Feinde sich richten; als die Herren von der Opposition sehen, wie die gegnerische Presse ihre Opposition aufnahm, da mußten sie stehend sich fragen: Haben wir recht gethan? Gaben wir uns nicht an der eigenen Partei vergangen? Wer sich das nicht gesagt hat, der ist in meinen Augen allerdings kein Parteigenosse, der steht mit dem Herzen außerhalb, der ist ein Feind! (Lebhafter Beifall.)

Hepner-Dresden Land: Redner erklärt die Haltung der Fraktion in der Frage des 1. Mai für ganz korrekt. Wollen einzelne Gewerkschaftsführer die Fraktion für den Wirrwarr verantwortlich machen, so vergessen erstere, daß sie sich erst, bevor sie die Lösung für den allgemeinen Feiertag ausgaben, mit der Fraktion hätten verständigen sollen.

Webel: Einer unserer Genossen hat den bisher nicht erörterten Antrag gestellt, es möchten in Rücksicht auf die günstigen Kassenverhältnisse der Partei die noch ungedeckten Wahlschulden aller Kreise aus der Parteikasse bestritten werden. Diesen Antrag anzunehmen, ist ganz unmöglich, weil wir gar nicht übersehen können, ob die Kasse dazu ausreichen würde. Außerdem können wir nicht wissen, ob nicht manche dieser Kreise dennoch ihre Schuld allmählich werden abtragen können. Auch haben wir diesmal den Wünschen der Parteigenossen in dieser Richtung viel mehr als früher entgegenkommen können; kaum eine Forderung ist verkürzt, viele sind über den geforderten Betrag hinaus berücksichtigt worden. Wenn nun noch einige Wahlkreise mit Schulden vorhanden sind, so mögen diese sich einzeln an die neu zu wählende Parteileitung wenden, dieselbe wird dann prüfen und thunlichst jedem Wunsch gerecht werden. — Ich habe vorhin den Antrag auf Niedersetzung einer Kommission deshalb bekämpft, weil nicht genügend konkretes Material vorhanden sei. Nachdem nun aber der formulirte Antrag Stadthagen einge-

gangen ist, erkläre ich meinerseits, daß ich nunmehr die Wahl einer solchen Kommission befürworte. Werner ist heute mit sehr bestigen persönlichen Vorwürfen aufgetreten, die sich zum Theil durch ihre Kläglichkeit auszeichnen. Ein Mann von seiner Intelligenz hätte sich doch fragen sollen, ob es sich schickt, einen Parteitag von 400 Mann mit solchen Dingen\* zu behelligen. Ich soll ihm, nach seiner Meinung, in der Versammlung bei Lips nicht gekolten haben, der Opposition genügend Gehör zu verschaffen; Herr Bading hat ihn nicht als Maschinenmeister eingestellt; eine Zwischenperson soll durch ihren Einfluß Fraktion und Berliner Genossen unter einander verkehrt haben. In einem Kaffeeklatschkränzchen würde ich solche Geschichten begreifen; aber das ist noch nicht dagewesen, hier vor der ganzen Welt so etwas als ernsthaften Grund für eine Opposition vorzubringen. Das ist den Herren von der Berliner Opposition zum ersten Male geglückt. Sind das die Beweise für die Korruption, von der Sie Monatlang gesprochen haben? Ueber jene Lips'sche Versammlung verliere ich kein Wort. Interessant war mir, daß Werner, er, der fortgesetzt unter den niedrigsten, gehässigsten, verwerflichsten Angriffen auf meine Person gegen die Fraktion gehet hatte, er, der heute hier als Gegner des Personen- und Autoritätenkultus sich aufspielt, dort mich als Autorität anrufen wollte, um ihm und seinen Freunden Gehör zu schaffen. Nun, ich sagte damals, ich thue das nicht; Zubeil ist ja gewählt, die Versammlung zu leiten. Und da will ich bemerken, daß Zubeil seine Aufgabe als Vorsitzender musterhaft gelöst und sein Amt ebenso ernst als unparteiisch führte. Er hatte viere von der Opposition gegen drei von uns das Wort gegeben. Das war durchaus loyal. Wenn Werner ferner behauptet, die Besucher jener Versammlung seien nicht Berliner Genossen gewesen, sondern solche Leute, die einmal Webel hätten hören wollen, so kann ich das nicht kontrolliren; aber die Berliner Genossen werden diesen Punkt klarstellen können. Leute, die bloß einen von uns hören wollen, machen nicht um 2 Uhr Mittags Feierabend, bringen solche Opfer nicht. Keiner in der Opposition hat uns mit gehässigeren, niedrigeren, verwerflicheren, unwürdigeren Mitteln bekämpft, wie Herr Werner, und ich bitte die Kommission, mich zu vernehmen, da werde ich beweisen, daß ich mit volstem Recht diese Beschuldigung aussprechen durfte. Nach den heutigen Erfahrungen erkläre ich, daß ich, gleich Grillenberger, Herrn Werner nicht als Genossen ansehe. (Hört, hört!) Er hat dann weiter auf Schippel Bezug genommen. Glaube Schippel, ihm sei von der Fraktion oder einzelnen Mitgliedern derselben Unrecht geschehen, oder daß das ihm widerfahrne Unrecht nicht in den Fraktionsverhandlungen genügend gesühnt worden sei, so würde er doch selbst an den Parteitag kommen; ich staune, daß Werner es ist, der sich zu seinem Vertheidiger aufwirft. Alle diese Schippelbänge sind drei,



viermal in der Fraktion ausführlichst behandelt worden; schon zu einer Zeit, wo Schippel noch gar nicht in der Fraktion war; er ist davon durch mich genau unterrichtet. War er noch nicht befriedigt, so hatte er gewiß den Muth und das Pflichtgefühl, seine Angelegenheiten vor den Parteitag zu bringen, und brauchte er die Anwaltschaft des Herrn Werner nicht. Das Auftreten der Opposition hat die Partei schwer geschädigt. Meinungsverschiedenheiten sind begreiflich. Glauben Sie nur nicht, daß in der Fraktion lauter Friede und Einigkeit herrschen; wir gerathen auch dort hinter-einander. Es sehen sich aber nicht die Alten und die Jungen gegenüber, sondern in der Regel sind es die „Alten“ selbst, die am heftigsten aufeinanderplätzen. Aus mehr als einem Munde eines jüngeren Kollegen habe ich es in der letzten Session vernommen: Das Ihr Alten Euch dermaßen in die Haare gerietet, hätten wir nicht für möglich gehalten; aber es freut uns doch, daß da ehrlich gearbeitet wird! Auf den 1. Mai und unseren Aufruf zu den Stichwahlen komme ich im Schlusswort zurück; ich habe diese Punkte im Referat nicht erwähnt, weil ich mußte, daß sie in der Diskussion doch kommen würden, und weil ich mit der mir zugemessenen knappen Redezeit haushalten mußte. (Andauernder, lebhafter Beifall.)

Wiederum liegen vier Schlusanträge vor, die aber sämmtlich abgelehnt werden.

Gottschalk-Hamburg: Bebels Bericht kann uns nur mit Befriedigung erfüllen. Nothwendig und erforderlich ist es, jetzt mit der Agitation aufs Land hinauszugehen. Auch in Hamburg II ist der Vorwurf erhoben worden, die Parole für den 1. Mai sei zu spät ausgegeben; man sagte sich, die Fraktion wolle wohl gar nicht Stellung dazu nehmen. Das Pariser Protokoll kam zu spät heraus; um so mehr war die Fraktion verpflichtet, mitzutheilen, was denn eigentlich auf dem Kongreß beschlossen war. Deshalb behauptete ich entschieden, daß die Fraktion einen Fehler mit dieser Zögerung begangen hat, wodurch speziell den Hamburgern ein böser Schlag versetzt worden ist. Die Hamburger hatten schon zu viel Vorkehrungen getroffen, sie konnten nicht im letzten Augenblicke kehrt machen, und das benutzten die Arbeitgeber. So kam es in Hamburg zu der furchtbaren Niederlage in dem großen Streik. Unbedingt wäre das nicht geschehen, hätte die Fraktion rechtzeitig gesprochen. Bezüglich der Stichwahlen erklärt Redner am St. Galler Beschluß feithalten zu wollen.

Hillmer-Hamburg: Ich kann nicht umhin, die ganze Behandlungsweise, welche wir in Hamburg seitens der Fabrikanten zu erleiden hatten, zum großen Theil auf den verspäteten Beschluß der Fraktion zurückzuführen (Zustimmung und Widerspruch). Ich weiß sehr wohl, daß in Paris nicht beschlossen worden ist, einen allgemeinen Feiertag einzuführen, sondern daß die Art der Demon-

H

stration jedem Lande überlassen wurde. Nun, die Hamburger beschlossen, da die Fraktion für die deutschen Arbeiter nicht die Initiative ergriff, auf ihre eigene Hand den 1. Mai als Feiertag zu begehen. Unsere Demonstration hätte auch Erfolg gehabt, wenn der Fraktionsbeschluß nicht hinterher gekommen wäre. Das haben die Hamburger Arbeitgeber benützt, und da auch ein ganz kleiner Bruchtheil der Arbeiter uns opponirte, so war Zwiespalt in unseren Reihen. Diesen Zwiespalt benutzte der Fabrikantenbund, der sich dort gebildet, um gegen uns vorzugehen. Wir haben nun zwar die Schläge parirt, aber ich möchte für künftige Fälle die Bitte aussprechen, daß dann, wenn wieder eine solche allgemeine Demonstration inscenirt werden soll, die leitenden Persönlichkeiten nicht zu spät auftreten, sondern frühzeitig auf dem Posten sind.

In Bezug auf die Angelegenheit des Herrn Schippel ist thatsächlich seitens einzelner Fraktionsmitglieder in einer unerhörten Weise vorgegangen worden (hört! hört!). Die Berichte über angebliche Korruption in den Reihen der Berliner Sozialdemokratie veranlaßten einen Theil der Hamburger Genossen, eine Kommission zweimal nach Berlin zu senden, um die Sache zu prüfen, respektive um mit der Fraktion Rücksprache zu nehmen. Ferner haben wir uns noch nach Chemnitz, nach dem Wahlkreis Schippels gewendet; in beiden Fällen aber ohne Erfolg. Deshalb halte ich Untersuchung durch eine Kommission für sehr nothwendig, damit die Uneinigkeit aus unseren Reihen ausgemerzt werde.

Es wird wieder Schluß der Debatte beantragt, derselbe aber abgelehnt.

Werner konstatirt zur Geschäftsordnung, daß er zur persönlichen Bemerkung das Wort verlangt hätte, wenn der Schluß angenommen worden wäre.

Stomke-Bielefeld wendet sich gegen die Doppelfandaturen. Volkmar habe sich in München und Magdeburg als Reichstagskandidat aufstellen lassen — zwei aussichtsvolle Wahlkreise — und diese Doppelwahl habe viel Arbeit und Geld gekostet. Dazu müsse der Parteitag Stellung nehmen.

Zubeil: Werner hat keine gute Bahn damit beschritten, daß er die Versammlung bei Lips herabzusetzen sucht. Ich habe den Eindruck gehabt, daß sämmtliche Parteigenossen Berlins zu jener Versammlung eingeladen waren. Redner konstatirt nun, daß Bebel erst mit dem Referat betraut wurde, nachdem die Polizei Singer die Versammlung verboten hatte. In Bezug auf die Maifeier kam er Berndt nicht zustimmen, wenn dieser meinte, man habe sich in die Agitation gestürzt, ohne die Pariser Beschlüsse genau zu kennen. Die Arbeiter der meisten Berliner Fabriken waren für die Maifeier, und diese wäre so großartig geworden, wie wir eine ähnliche Demonstration in Berlin noch nicht erlebt haben. Da mit einem

H

Male kam der Erlaß der Fraktion. Man trat uns nun in den Fabriken entgegen und sagte, in welcher Weise habt Ihr uns hinter das Licht geführt! So hat die ganze Berliner Gewerkschaftsbewegung durch jenen Fraktionsbeschuß einen Schlag erhalten, den wir noch Jahre lang empfinden werden. Diese Schuld kann die Fraktion nicht von sich abwälzen. Medner spricht sich auch gegen den Stichwählerlaß aus und erklärt, es sehr vermißt zu haben, daß nicht eine öffentliche Einladung der Frauen zu diesem Parteitage erfolgt sei (sehr richtig! bei den Frauen). Man darf der Frauenbewegung nicht entgegengetreten, wie es so vielfach geschehen ist. In den meisten Textilstädten ist kein Lohnkampf ohne die Frauen durchzuführen. Die Frauenfrage ist ein wesentlicher Theil der sozialen Frage.

In vielen Punkten theile ich die Ansichten und die Opposition Werner's nicht. Oft haben wir aber auch Grund zu berechtigter Beschwerde, und man sollte nicht über die gesammten Berliner Parteigenossen den Stab brechen. Wir Berliner haben unter den schwierigsten Verhältnissen vom Anfang des Ausnahmegesetzes bis zum Ende furchtlos und unverzagt gearbeitet und wir werden dies auch in Zukunft thun. (Beifall.)

Singer: Ich werde mich auf die gegen einzelne Mitglieder der Fraktion gerichteten Angriffe in diesem Moment nicht einlassen. Ich habe die Ueberzeugung, daß es den Mitgliedern der Fraktion nur angenehm sein kann, wenn in einer Kommission diese Angriffe untersucht werden. Der Kommissionsbericht wird ja ergeben, inwieweit die sogenannte Opposition in Berlin berechtigt war, von einer Korruption in der Fraktion zu sprechen.

Für viel wichtiger halte ich die vorgebrachten Bedenken gegen die Haltung der Parteileitung bezüglich der Stichwahlen und der Feter des 1. Mai. Ich konstatire, daß dies überhaupt die einzigen sachlichen Bedenken sind, welche als gegen die Parteileitung gerichtet betrachtet werden können und die eine Diskussion verlohnen.

Als in St. Gallen der Beschluß gefaßt wurde, den Parteigenossen zu empfehlen, sich bei den Stichwahlen der Abstimmung zu enthalten, gehörten Bebel und ich zu denjenigen, die diesen Beschluß auf das Lebhafteste befürworteten, und es ist charakteristisch, daß Bebel in St. Gallen diesen Antrag gestellt hat. Wir sind damals zu dem bekanntesten Beschluß gekommen, weil absolut keine Veranlassung war, zu glauben, daß das Sozialistengesetz aufgehoben werden könnte. Wir mußten annehmen, daß es unverwundt werden würde und daß wir uns darauf dauernd einrichten mußten. Wir waren in Bezug auf die ökonomische Entwicklung derselben Ansicht wie heute, nämlich, daß unserer Forderung gegenüber auf die Umwandlung der Produktionsweise alle bürgerlichen Parteien eine reaktionäre Masse bilden.

H

Nun trat aber etwas Unerwartetes ein. Als uns der Ausfall des Wahlergebnisses vom 20. Februar nicht nur die Möglichkeit, sondern fast die Sicherheit brachte, daß die Fortdauer des Sozialistengesetzes fraglich sei, als jedenfalls das Feststehen, daß der Ausweisungsparagraph fallen würde, da mußten wir uns fragen, ob wir nicht einen Verrath gegen die Partei, einen politischen Selbstmord begehen würden, wenn wir durch die Parole auf Stimmenthaltung bei den Stichwahlen die Möglichkeit schafften, daß schließlich doch noch eine Majorität für die Verlängerung des Sozialistengesetzes zu Stande käme. Aus diesen Gründen und entsprechend den Anregungen, die uns aus vielen, vielen Wahlkreisen gekommen sind, hat das Zentralwahlkomitee damals einstimmig beschlossen, trotz des St. Gallener Beschlusses den Genossen zu empfehlen, für die Kandidaten der Opposition zu stimmen. Wir waren uns bei diesem Beschluß vollkommen bewußt, daß wir dem nächsten Parteitag Rechenschaft würden ablegen müssen; aber wir glaubten nicht Leidenschaftlichkeit, sondern kühle Abwägung der Parteinteressen walten lassen zu sollen. Wer in der Wahlagitation viel herumgekommen ist, weiß ganz genau, daß in weiten Parteikreisen die Nothwendigkeit anerkannt worden ist, bei der Wahl zwischen einem Konservativen und einem Centrumsmann, oder zwischen einem Nationalliberalen und einem Freisinnigen, die Stimme auf den Kandidaten der Opposition zu lenken. Nach unserer Ueberzeugung wäre es geradezu ein Verrath an der Partei gewesen, wenn wir die Hand dazu geboten hätten, den Strick, den man uns um den Hals gelegt hatte, selbst noch zu verlängern. Ich bin überzeugt, daß der Parteitag bei ruhiger, leidenschaftsloser, politischer Erwägung in seiner großen Majorität anerkennen wird, daß die damalige Situation eine derartige Entscheidung geboten hat. (Zustimmung.)

Was die Frage des 1. Mai betrifft, so will ich ohne Weiteres sehr gern zugeben, daß es viel besser gewesen wäre, wenn die Fraktion früher vor die Partei getreten wäre. (Sehr richtig!) Ich muß aber bestreiten, daß die Parteigenossen den Sinn der Pariser Resolution nicht gekannt haben. Denn unmittelbar nach Schluß des Pariser Kongresses war im Berliner Volksblatt die Resolution abgedruckt, und darin stand kein Wort, daß die Manifestation am 1. Mai geführt werden solle durch allgemeines Ruhenlassen der Arbeit. Diese Interpretation haben erst die Versammlungen hineingelegt, und der Vorwurf, daß die Fraktion zu spät gekommen, wird sehr gemildert, wenn man sich in die damaligen Verhältnisse zurückversetzt. Es war unmittelbar vor den Wahlen. Die ganze Kraft der Partei war in Anspruch genommen durch die Wahlagitation. Auch die Fraktionsmitglieder hatten keine Zeit und Gelegenheit, sich um andere Dinge zu kümmern. Allgemein war

H

die Ansicht verbreitet, der Reichstag würde Anfangs März zusammenberufen werden, und wir konnten uns also sagen, daß es dann noch reichlich Zeit sei, die Frage wegen der Matzeier zu erledigen. Dazu kommt, daß die Fraktion damals nur aus elf Mitgliedern bestand, deren Mandate nur noch wenige Wochen galten, und die die Verantwortung nicht auf sich nehmen konnten, angesichts einer so wichtigen Frage, die Parteiaktion für die Zukunft festzulegen. Die Auffassung, daß, wenn die Fraktion ihren Rath nicht gegeben hätte, die Arbeiterruhe ohne wirtschaftliche Nachteile erfolgt wäre, kann ich persönlich nicht theilen. Es wären in diesem Falle außer den Hamburgern vielleicht Hunderttausende von Genossen in Deutschland aufs Pflaster geworfen worden. (Sehr richtig!) Aber ich will darum nicht streiten. Sicher ist, daß nur die großen Städte, wie Berlin und Hamburg, in denen große und starke Arbeiterorganisationen vorhanden sind, im Stande sind, einen solchen Kampf zu führen. Die Fraktion ist aber gewählt zur Vertretung der gesamten Partei, des ganzen Reiches, und wenn fünfundsiebzig Männer zusammengekommen sind aus allen Theilen des Reichs und einstimmig erklärt haben, die Matzeier muß im Interesse der Partei in der vorgeschlagenen Weise abgehalten werden, so muß diesen Leuten doch ein sachverständiges Urtheil zuerkannt werden. (Glocke des Präsidenten.) Ich werde eben angeläutet (Heiterkeit) und muß schließen. Es lag mir nur daran, die Gründe anzuführen, welche für die beiden angefochtenen Erlasse der Fraktion bestimmend waren. (Lebhaftes Bravo!)

Von Tiefländer-Potsdam ist ein Antrag eingegangen, der zur Untersuchung und Schlichtung der Berliner Beschwerden zu ernennenden Kommission auch andere als im Antrag Stadthagen bezeichneten Beschuldigungen zu überweisen.

Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt und gelangt also auch nicht zur Verhandlung.

Sittig-Hannover: Der „Hannoversche Courier“, das Leitblatt des „großen“ Rudolf von Bennigsen, jammerte kurz nach dem 1. Mai, das Sozialistengesetz habe durch den 1. Mai den Todesstoß erhalten. Das ist richtig, und deshalb war auch die Taktik der Fraktion eine vollkommen korrekte. Hätten wir, wie die Berliner Genossen es wünschen, den 1. Mai in der Art und Weise begangen, wie es von ihnen verlangt wurde, dann hätten wir vielleicht nicht diesen Parteitag ab. Die ganze reaktionäre Masse hat sich auf den 1. Mai gespielt und gehofft, daß nicht bloß Arbeitseinstellungen und kleine Anrennpelen vorkommen würden; nein, man hoffte auf einen großen Aufruhr, um dann das Sozialistengesetz zu verschärfen und dauernd einführen zu können. Wir sind deshalb der Fraktion zu Dank verpflichtet, daß sie uns davor behütet hat, unseren schlimmsten Gegnern einen Gefallen zu erweisen.

H

Schmidt-Berlin: Die Opposition in Berlin ist absolut nicht mit allem einverstanden, was von Wille und Berner gesagt worden ist; aber sie hat allerdings zu verschiedenen Malen mit der Reichstagsfraktion in Widerspruch treten müssen, und es ist richtig bemerkt worden, daß schon lange eine gewisse Unzufriedenheit oder Opposition vorhanden war. Ich möchte aber statt Opposition lieber Neigung zur Kritik sagen. Daran, daß diese Kritik eintrat, war einzig und allein das Sozialistengesetz schuld, das uns eben nicht gefaltete, unsere Meinung in der Öffentlichkeit zu vertreten; so konnten leicht Mißverständnisse entstehen. Berücksichtigen Sie auch, daß die Berliner Genossen am schwersten mit dem Polizeibütel zu kämpfen hatten. Berlin ist die Metropole der Polizei. Ein großer Theil unserer Parteigenossen, welche früher an der Spitze waren, saßen im Gefängniß oder waren ausgewiesen, konnten also nicht mitarbeiten, wo ihr Rath und Hilfe so sehr vonnöthen war. Alles dies hat eine Verbitterung herbeigeführt und die eigenthümlichen Verhältnisse gezeitigt, die auch ihren Ausdruck gefunden haben bei dem Streit um Stadtverordnetenwahlen, auf welche später zurückzukommen wir uns vorbehalten.

Wieder sind von mehreren Seiten Schlußanträge gestellt, die aber abgelehnt werden, nachdem Molkenbuhr ausgeführt, daß, da die gegnerische Presse so viel von schmutziger Wäsche, die gewaschen werden soll, zu schreiben gewußt habe, man nicht soll sagen können, daß einem einzigen Vertreter der Opposition das Wort abgeschnitten worden sei.

Täterow-Berlin: Ich konstatire, daß eine Zeit lang ein gewisser Muth dazu gehörte, in Berlin Sachen in Schutz zu nehmen, welche der Fraktion als Sünden angerechnet wurden. Ich persönlich bin ja schon längst als „Fraktionszuhalter“ hingestellt worden. Ich kenne das Parteileben ziemlich genau und bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß wohl niemand ehrenhafter vor den Parteitag treten kann, wie gerade die Fraktion. In schweren Kämpfen hat sie das Banner hochgehalten, und wenn sie geirrt hat, so ist das eine natürliche Sache. Es hat Jeder mal einen Fehler begangen. Aber diese Fehler müssen nicht aufgekauft werden. Die Berliner Opposition hat aber längst den Rahmen der sachlichen und logalen Kritik überschritten. Nun, wir kennen unsere Wappenhelmer und wissen, was davon zu halten ist. Mehner hat schon nachgewiesen, was Berliner Genossen sind. Es sind nicht die einzelnen Schreier, sondern diejenigen, welche die Partei zu dem gemacht haben, was sie in Berlin ist. Es haben sich dort Leute eingebrängt, welche uns persönlich verheßt haben, und in erster Linie die Fraktion. Wenn der 1. Mai nicht zu dem geworden ist, was er sein sollte, so sind die Genossen selbst schuld. Die Fraktion hatte die Pflicht, die Arbeiterschaft mit zu hören, in welcher Weise sie sich beteiligen

5 H

wollte, und sie mußte sich sagen, daß wohl die Arbeiterschaft der großen Städte, aber nicht die in kleinen Städten und ländlichen Bezirken dem Unternehmertum entgegentreten konnte.

Kedner spricht sich auch für den Stichwählerlaß aus.

Es wird abermals der Schluß der Diskussion beantragt. Es sind noch 30 Kedner vorgemerkt.

Kannich-Cassel spricht gegen den Schluß, bittet aber die folgenden Kedner, sich möglichst kurz zu fassen, um Werner zum Wort kommen zu lassen.

Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Foest-Mainz: Aehnliche Streitigkeiten wie heute haben schon die Kongresse in Wyden, Kopenhagen und St. Gallen beschäftigt. Gewissen Berliner Elementen ist einfach nichts recht zu machen. Ich möchte darum aber nicht der Allgemeinheit der Berliner Genossen Vorwürfe machen. Wenn wirklich während der 12 Jahre Sozialistengesetz Mißstände in der Fraktion oder sonstwo entstanden wären, dann hätten die ehrliehen Genossen einen anderen Ton der Deffentlichkeit gegenüber anzuschlagen, als wie es Berliner Genossen getan haben. Die Art und Weise, wie sie den Kampf geführt, sagt mir, daß ich diesen Elementen nicht trauen darf. Ich habe zwar keine objektiven Beweise in der Hand, dafür giebt es in den meisten Fällen überhaupt keine objektiven Beweise, aber subjektiv bin ich überzeugt, daß wir diesen Leuten gegenüber Vorsicht üben müssen; die Verhältnisse in Berlin mahnen in der That zur Vorsicht. Am Vorabend des Todestages des Sozialistengesetzes ist in Berlin eine Agitation gegen die Parteileitung ins Leben gerufen worden von Leuten, die noch nicht soviel Jahre für die Partei thätig gewesen sind, als die Angegriffenen für dieselbe bereits in Gefängniß gefessen haben. Das Unheil droht uns nicht von den Feinden, sondern von den Freunden dort. (Zustimmung.)

In St. Gallen ist gar nicht beschloffen worden absolute Wahlenthaltung bei Stichwahlen zwischen unseren politischen Gegnern; es ist vielmehr gegen eine Stimme beschloffen worden, daß im allgemeinen die Wahlenthaltung nicht bindend sein solle für jeden einzelnen Wahlkreis, und die Fraktion hat sich ganz im Rahmen dieses Beschlusses bewegt. Die Erfahrung hat außerdem gelehrt, daß in dieser Angelegenheit die schärfsten Beschlüsse nicht respektirt werden. Man wählt eben lieber bei den Stichwahlen einen Demokraten oder Freisinnigen, als einen Nationalliberalen, der für das Sozialistengesetz gestimmt hat. Hier entscheiden persönliche Gefühle.

Was den 1. Mai betrifft, so können wir froh sein, daß die Fraktion, wenn auch spät, ihren Beschluß gefaßt hat. Die schlauen Berliner, die zwar immer die Autorität bei anderen bekämpften, selbst sie aber verlangen, wir sollen ihnen alles glauben, wir sollen alle ihre Sätze, weil sie sie aufstellen, für richtig anerkennen, sie

H

sind für uns eben nichts weniger als Autoritäten. Wären sie aber wirklich eine solche, dann müßten sie wissen, daß man wohl in Berlin und Hamburg die Maßfeier durchsetzen könnte, aber nicht in den übrigen Städten. Die Herren von der Berliner Opposition sind kurzfristig, ihr Gesichtskreis reicht nicht weiter als wie das Reichbild der Stadt Berlin. Graben wir den Herren den Boden in der deutschen Sozialdemokratie ein für alle Mal ab! (Beifall.)

Schippel: Zwei Erklärungen lassen Sie mich abgeben. Die erste bezieht sich auf das, was Liebnacht über die „Berliner Volkstribüne“ sagte. Die „Berliner Volkstribüne“ hat die Notiz wegen der Korrespondenz Liebnacht's im dänischen „Sozialdemokrat“ zu einer Zeit gebracht, wo ich mit der Redaktion nichts mehr zu thun hatte. Aber auch in Bezug auf die Person des jetzigen Redakteurs kann ich die Versicherung abgeben, daß ihm bei der Aufnahme dieser Notiz eine böse Absicht vollständig fern gelegen hat.

Ferner muß ich erklären, weil ich durch Webel dazu provozirt bin, daß ich mit der Kommission betr. den Herrn Werner gar nichts zu thun habe. Ich würde selber nicht dafür sein, daß eine derartige Kommission eingesetzt werde, denn es kommt doch nichts dabei heraus, ich kann aber auch nicht dagegen sein, sonst würde es wahrscheinlich heißen, der Schippel hat sich vor irgend etwas zu geniren. Wer bis zum heutigen Tage noch nicht eingesehen hat, daß diese Beschuldigungen wegen der Verbindung mit der preussischen Regierung verrückt sind, dem wird es auch die Kommission nicht hebringen, und es hat keinen Zweck, alte Dinge nur aufzurühren, um sie aufzurühren. Sie sind nun einmal geschehen und können für mich auch durch den günstigsten Beschluß der Kommission nicht ungeschehen gemacht werden.

Hug-Bant verzichtet aufs Wort. (Bravo!)

Mein-Berlin schließt sich den Ausführungen Zubeils an.

Wesch-Grefeld hat den Beschuldigungen gegen die Fraktion niemals Gewicht beigelegt, ist aber doch für eine Prüfung der Sache.

Grotte-Galle: Ich glaube um so mehr berechtigt zu sein, hier zu sprechen, als ich auf den Namen Berliner Anspruch machen kann. Bevor ich aus Berlin ausgewiesen wurde, vor ca. 8 Jahren, war in Berlin doch ein anderer Zusammenhalt vorhanden, als in der jüngsten Zeit. Wer wie ich 7 Jahre im Exil gelebt hat, konnte nur mit aufrichtigem Schmerz und Bedauern die Berliner Bewegung der letzten Jahre verfolgen. (Zustimmung). Eine Hauptschuld an jenen Verdächtigungen trägt freilich das Sozialistengesetz. Das Ausnahmegesetz war ein Knebel, der verhinderte, daß wir offen vor aller Welt hintreten und die Dinge aufklären konnten. Grillenberger hat ganz Recht: es hat eine Zeit in Berlin gegeben, wo die Epistel sich massenhaft in die Reihen der Genossen drängten und deshalb allgemeine Unsicherheit unter diesen selbst herrschte. Aus

5\* H

der Stadtverordnetenbewegung hat die Partei gerade frisches Blut bekommen. So stehen die Aktiven! Genosse Werner hat damals keinen Blick in die Bewegung gehabt, er hat die Bewegung nicht mitgemacht. Die Stadtverordnetenwahlen waren die Pionierarbeit für die Reichstagswahlen. Gesehen Sie (zu den Berlinern) doch ehrlich zu, daß Sie da einen Fehler gemacht haben. Ich will ja auch nicht zu Allem Ja und Amen sagen, was die Fraktion gethan. Die Fraktion wird vielleicht bis kurz vor dem 1. Mai sich selbst nicht einig gewesen sein, deshalb hat sich die Sache in die Länge gezogen. Ich möchte die Berliner sogenannte Opposition bitten, nun endlich den Streit ruhen zu lassen. Es giebt in der Bewegung noch ungeheuer viel zu thun. Beherzigen Sie das Wort Bebel's: **Vorwärts, vorwärts und immer vorwärts!**

Betreffs meiner Stellung zu den Stichwahlen bin ich im fünften Wahlkreis scharf angegriffen worden. Ich bat Herrn v. Richthofen schriftlich um die Erlaubniß, in Berlin erscheinen zu dürfen, um mich vertheidigen zu können. Leider wurde das Gesuch abgeßlagen. Hätte aber Richthofen das Gesuch genehmigt, so hätte man womöglich in Berlin gesagt, das kann nicht richtig sein, Grothe steht mit der Berliner Polizei in Verbindung. Ich weiß ja, daß das Ausnahmegesetz schuld ist, wenn der eine oder der andere verleumdet wird. (Glocke des Präsidenten.) Ordnen Sie die Person der Sache unter, begraben Sie die alten Geschichten und blicken Sie in die Zukunft. (Bravo!)

Eine weitere Anzahl von Genossen verzichtet aufs Wort. (Bravo!) Schiel-Koblenz hält es für angemessener, zu untersuchen, wie man die ländliche ultramontane Bevölkerung für die Sozialdemokratie gewinnen kann, als mit unnützen Streitigkeiten die Zeit zu vergeuden (Beifall).

Dr. Rüd't-Heidelberg: Ich hätte nicht geglaubt, daß sich an den wirklich großartigen Bericht Bebel's eine so kleinliche Debatte von gegnerischer Seite knüpfen würde, die geradezu einen gebälligen Eindruck machen mußte. Unsere altbewährten Führer sind so gut Menschen wie wir und können Fehler machen. Aber es ist hier nicht der Platz, vor ganz Europa, ja vor der ganzen Welt uns zu blamiren, es ist nicht nöthig, unsere Führer überall herumzulästern und die Bourgeoisie aufzufordern, ebenfalls mitzulästern. Der Fehler kann nur dadurch gut gemacht werden, daß das zurückgenommen wird, was gegen die bewährten Führer unserer Partei vorgebracht worden ist. (Sehr richtig!) Meine Auftragegeber — das erkläre ich im Namen von 4 Wahlkreisen — haben nie das geringste Mißtrauen gegen die Parteiführer gehabt. (Bravo!) Im Interesse unserer internationalen Bewegung muß ein Laster ausgerottet werden, das Laster der Verleumdung! (Sehr richtig!) Das ist der Krebsknoten der Partei. Die Welt kann nicht bemundernd auf uns

H

schauen, wenn wir selbst so kleinlich und elend sind, uns ins Angesicht zu schlagen und uns zu verleumden. Das, meine lieben Freunde, ist meine Ansicht. (Lebhaftes Bravo!)

Kreiwinkel-Nachen: Wollten wir den Landleuten mit den Berliner Ideen kommen, man würde sagen, die Kerle kommen aus dem Narrenhaus. (Große Unruhe.) Wir in Nachen können kein Blatt halten; man erwäge, ob nicht doch aus der allgemeinen Parteikasse Unterstützungen für die Lokalpresse gewährt werden können.

Bremer-Magdeburg: Die Opposition behauptet, sie hätte nicht aus unlauteeren Gründen opponirt. 1885 erschien eine Schrift: „Das wahre Gesicht der Sozialdemokratie“, und wer waren die Verbreiter? Es waren auch damals die Leute, die sich als Parteigenossen geberden, und diese Schandschrift verbreiteten aus wahrer Schand- und Schmähsucht gegen Hasenclever. Wenn solche Streitigkeiten unter uns herrschen, dann ist es kein Wunder, wenn die ländliche Bevölkerung nichts von uns wissen will. Werner kam nach Magdeburg, nicht um den Organisationsentwurf zu beleuchten, ihn zu kritisiren und zu verbessern, sondern um die Streitigkeiten aufzurühren, um seinen ganzen Geifer gegen die Fraktion zu verspritzen. Und nun spielt er den Beleidigten, wenn die Angegriffenen ihm die gebührende Antwort geben. Werner mag sich ja vertheidigen. Er erzählte da von Fraktionsmitgliedern, welche sich für 900 Thaler Wohnung mieteten u. s. w. in der Hoffnung, daß davon etwas sitzen bliebe. Glaubt er selbst nicht daran, dann muß er es nicht in die Welt hinaustragen. (Bravo.)

Nachdem noch eine ganze Reihe von Rednern verzichtet haben, erhält das Wort

Werner-Berlin: M. S.! ich weiß nicht, ob ich noch Parteigenossen sagen darf. Bebel meinte, „sie sehen das wahre Gesicht der Opposition, das ist der reine Kaffeelatsch“. Ich habe aber nicht diesen Kaffeelatsch und diese Kleinigkeiten hier gebracht, um sie vielleicht zur Entscheidung des Parteitages zu stellen, sondern ich habe nur damit bezweckt, daß die vorhin ins Wasser gefallene Kommission gewählt werden sollte und daß dann die Streitigkeiten sollten begraben sein (aha), in Folge der Aufklärungen der Kommission. Allerdings führen wir ja nicht große Namen; jede Opposition fängt klein an, und daß sie in der Minorität bleiben würde, war selbstverständlich. (Große Unruhe.) Ich habe wiederholt in Versammlungen erklärt, wenn der Parteitag gesprochen, dann ist die Streitart begraben (Zurufe und fortdauernde Unruhe), und ich meinte, verehrte Anwesende, alle Gründe, die ich vorzubringen hätte für die vermeintliche Opposition, konnten in öffentlichen Volksversammlungen, wenn man die Partei nicht schädigen wollte, einfach nicht verhandelt werden. (Hört!) Es ist auch vollständig falsch,

H

wenn man meint, die Opposition wäre zentralisiert. Diese Opposition, ich sage Ihnen das hier auf mein Ehrenwort . . . (Lachen), ich überlasse es Ihnen, mir zu glauben oder nicht. Also ich sage, die Streitigkeiten waren nicht etwa vorher vorbereitet, sondern es hat Jeder für sich Opposition gemacht, der Eine aus diesem Grunde, der Andere aus jenem. Ich für meine Person stehe zur Opposition, weil nach meiner Meinung — ich kann mich ja auch irren — ein System in dieser Abfchlachtung liegt. (Lebhafter Widerspruch.) Ich meine, und nur im guten Glauben, die Partei damit vorwärts zu bringen, daß nicht volens volens Jemand, der eine andere Meinung hat, mit Schlagworten, wie Anarchist, Polizeispitzel und unberechtigte Opposition einfach beseitigt wird. Wenn man diese Theorie verfolgt, dann wird das sonst frisch pulsende Blut dick, und die Diskussion, die Meinungsverschiedenheit, die Belagerung untergraben werden. Dann werden einzelne Parteigenossen sich nicht mehr getrauen, irgend noch einmal Opposition zu machen. (Who!) Es würde nicht mehr frisches Blut in den Adern rollen, und diesen munden Punkt glaube ich in der Partei entdeckt zu haben (Gelächter) und im Interesse der Partei glaube ich als Sozialdemokrat meine Schuldigkeit zu müssen.

Mekner sagte, die Opposition wäre schon lange in Berlin. Ja wohl, seit 1885. Da war allerdings Genosse Grothe nicht mehr in Berlin. Es wurde uns Berliner Parteigenossen angefohnen, wir sollten den Anarchisten Vorkampfdienste leisten und da war ich der energischste Bekämpfer dieser Opposition, dieses Hineintragens der anarchisistischen Elemente in unsere Organisation in Berlin. Deshalb erkläre ich auch hier, daß ich nicht Anarchist bin und daß ich auf die Gefahr hin, nicht mehr als Sozialdemokrat thätig sein zu können, Sozialdemokrat für mich allein bleiben werde. (Sehr gut.)

Mekner sprach von den Stadtverordneten-Wahlen von 1885. Ja, da spielten die örtlichen Verhältnisse eine ganz bedeutende Rolle. Da hatte jeder Genosse drei geheime Agenten hinter sich, und da haben die Parteigenossen, die einen besseren Einblick in die Verhältnisse hatten, in ihrer Mehrzahl sich gegen die Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen ausgesprochen. Nachdem aber im vorigen Jahre die Majorität der Berliner Sozialdemokraten für eine Beteiligung eingetreten, ist es keinem Einzigen von uns eingfallen, noch länger dagegen zu opponiren in öffentlichen Versammlungen. Ich bin selbst zur Wahl gegangen und habe einen sozialdemokratischen Stadtverordneten gewählt, weil mich die Disziplin als Sozialdemokrat den Beschlüssen einer großen öffentlichen Volksversammlung unterwarf. Daß ich nachher doch meine Opposition nicht aufgegeben, ist selbstverständlich. Ich kann doch öffentlich hier nicht anders sprechen, als wie ich innerlich denke. Das kann doch

H

der Beschluß einer großen Versammlung nicht aus meinem Innern herausreißen. Ich kann doch nicht zum Gefinnungsklump werden.

Der Genosse Berndt hat sicher nicht im Interesse und Sinne derjenigen Genossen gesprochen, die ihn hierhergeschickt haben (lebhafter Unruhe). Es hat in Berlin eine Auseinandersetzung stattgefunden, in der das Vorgehen Grillenbergers scharf gerügt wurde. Dieser starken Rüge entsprechend, sollte der Delegirte Berndt gegen das Gebahren Grillenbergers auf dem Parteitag protestiren; das ist aber nicht geschehen.

Die Sache mit der Maschinenmeister-Stelle ist allerdings nur eine Kleinliche; ich wollte damit nur dokumentiren, warum ich selbstständiger Geschäftsmann geworden bin, und daß ich nicht selbstständig geworden wäre, wenn ich beim „Volksblatt“ angestellt worden wäre.

Eine „Schmach“ für die Partei kann es nicht sein, wenn man seine Meinung offen ausspricht. Die letzten Vorgänge haben aber gezeigt, daß es nicht so leicht ist seine Meinung mit in die Wagschale zu legen. Es hätte nicht geschadet, wenn die Redakteure des „Sächsischen Wochenblatts“ und der „Magdeburger Volksstimme“ noch bis zum Parteitag in ihren Stellungen geblieben wären. Wir haben mit unsern Entgegnungen in unserem „Berliner Volksblatt“ sehr frühe Erfahrungen gemacht, es sind dieselben nicht alle aufgenommen worden.

Man hat gesagt, die schlauen Berliner sollten sich ein Bißchen um die ländlichen Wahlkreise bekümmern. Nun, ich habe ländliche Distrikte sehr wohl durchgearbeitet; ich bin Tag für Tag auf den Füßen gewesen; nicht der Anerkennung wegen, sondern aus Pflichtgefühl.

Was nochmals unsere Opposition betrifft, so sind wir durchaus nicht in allen Fragen einer Meinung. Ich huldige nicht allen Ansichten des Dr. Wille über den Parlamentarismus, auch Wildberger und Baginski sind nicht in Allem seiner Meinung, und so trennen auch uns drei wieder verschiedene Punkte. Meine Opposition beruht darauf: ich befürchte, daß die freie Meinung etwas umschneit und abge schnitten wird, und diese Befürchtung darf ich doch wohl auf dem Parteitag aussprechen.

Was den 1. Mai betrifft, so wird mir Singer zugeben müssen, daß die Beschlüsse in Paris wirklich nicht derartige waren, daß sie vorher konnten überlegt werden. Es war dort beantragt worden, daß sämtliche Anträge und Resolutionen vom Bureau zu einer einheitlichen Resolution zusammengefaßt werden sollten. Keim einziger Redner hatte davon gesprochen, den 1. Mai als internationalen Feiertag zu betrachten. Erst in der letzten Sitzung, am Sonnabend, wurde eine große, lange Resolution verlesen, wo man den ersten Punkt vergaß, bis der dritte verlesen war. Nachdem diese Resolution

H

verlesen war, wurde gesagt, erst wird abgestimmt und nachher diskutiert. Der Kongress muß heute Abend geschlossen werden. Nun waren aber sämtliche Delegirten, mit Ausnahme des Bureau's, über jenen Punkt nicht richtig informiert. Es wurde nicht einmal nachgesehen, auf welchen Tag der 1. Mai fällt. Auf Anfrage hieß es schließlich, er fällt nach dem Wusttag. Darauf kamen die deutschen Delegirten und setzten eine Propaganda in Scene. Verschiedene Versammlungen großer Städte beschlossen eine Demonstration. Von Anfang August bis zum Februar war doch wahrlich eine lange Zeit, in der die Fraktion aufklärend wirken konnte. Ich bin erstaunt, wie der Genosse Läterow, der selbst in solchen Versammlungen die Beschlüsse mitgefaßt hat, nun mit einem Male von diesen Beschlüssen nichts wissen will. Unsere Presse hätte, sobald eine derartige Resolution bekannt wurde, hervortreten und sagen müssen, das geht nicht, unterläßt in Zukunft derartige Beschlüsse. Erst als im April die bekannte Erklärung in der „Berliner Volks-Tribüne“ erschien und das „Berliner Volksblatt“ dieselbe abdruckte, da gab es schon am nächsten Tage ganz gehörig etwas auf die Finger. Der Zweck dieser Erklärung war lediglich der, daß die Fraktion wenigstens mit der Sprache herauskomme. Ich will zugestehen, daß wir vielleicht einen Fehler gemacht haben; wir hätten uns vielleicht erst einmal an die Parteileitung wenden sollen (Webel: sehr richtig!). Aber da es schon April war, so glaubten wir bestimmt, daß die Parteileitung mit unserem Vorgehen einverstanden wäre. Wenn Singer auf die wirtschaftlichen Nachtheile hinwies, so sage ich, dann dürfen wir nicht Sozialdemokraten sein und den Arbeitern in den ländlichen Distrikten zumuthen, daß sie für unsere Ideen Propaganda machen. Jede Agitation hat unbedingt wirtschaftliche Nachtheile im Gefolge. . . .

Vorsitzender: Ich habe Sie bereits die doppelte Zeit, die Ihnen zufließt, sprechen lassen. Ich bitte Sie, sich etwas kürzer zu fassen.

Werner (fortfahrend): Die verspätete Erklärung der Parteileitung hat thatsächlich der Gewerkschaftsbewegung in Berlin geschadet. Die Leute wagen sich gar nicht mehr in die Gewerkschaftsversammlungen (große Unruhe; Aufse: Schluß!) Webel meinte, meine Worte über die Lips-Verammlung werden auch in Berlin gehört werden. Ja, meine Herren! ich bin mir dessen sehr wohl bewußt. Aber ich habe keine andere Auffassung von den Versammlungen, als wie Webel selbst, als er sagte, was sind denn Versammlungen? Die Beschlüsse derselben können irgendwie hervorgerufen werden. Auch jene Worte von Webel werden gehört werden: „ein Theil der Streiks sind Ausgeburten des Machtknüßels der Arbeiter vom 20. Februar.“ Diese Worte sind auch von den Gegnern gehört worden. Denn überall brachten die Innungsmeister jene Erklärung den Arbeitern

und sagten: „Eure Führer sehen in den Streiks nur Trivialitäten.“ Bremer hat mich beschuldigt, ich hätte versucht, Parteigenossen in Mißkredit zu bringen. Ich rufe die Genossen Klees und Schulze zu Zeugen an, ob ich nicht erkläre habe, ich wüßte, wie leicht das Mißtrauen in unsere Reihen gebracht sei. Ich sagte, Sie sehen, wie leicht es ist, Mißtrauen in Geldangelegenheiten hervorzurufen, indem man so albernes Gewäsch, dem wir selbst entgegengetreten sind, vorbringt, als ob sich ein Fraktionsmitglied eine Wohnung für 900 Thaler gemiethet hat.“ War das wirklich strafbar für mich, dann bitte, verurtheilen Sie mich, ich bin sehr gern bereit, jede Konsequenz meiner Handlungen zu tragen.

Schließlich bitte ich Sie, daß Sie in die Kommission Leute hineinwählen, die ganz objektiv urtheilen. Ich sehe dem Material über meine Person mit größter Ruhe entgegen, mit der allergrößten Ruhe. Wenn die Kommission ihr Urtheil gefällig, dann werden Sie sehen, ob ich Sozialdemokrat bin oder nicht, dann werden Sie entscheiden können, ob ich gegen die sozialdemokratischen Prinzipien verstoßen habe, ob ich nicht in guter Absicht gehandelt habe, als ich in der Meinung, einen wunden Fleck in unserer Fraktion entdeckt zu haben glaubte, Opposition machen zu müssen. (Vereinzelt Bravo!)

Die Diskussion wird nunmehr mit großer Mehrheit geschlossen, und nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen erhält Webel, als Referent das Schlußwort.

Webel: Genossen! Ich möchte vorweg empfehlen, die beantragte Kommission nicht schon heute, sondern erst morgen früh zu wählen, da doch vorsichtige Auswahl getroffen werden muß. Es gilt, Männer zu wählen, die an den Dingen gar nicht theilhaftig sind, sondern ihnen völlig objektiv gegenüberstehen, die Dinge objektiv beurtheilen können. Dazu müssen die Genossen erst Rücksprache unter sich nehmen. Indem ich nun kurz auf Herrn Werner's Ausführungen eingehe, konstatiere ich im Voraus, mit welchem Pathos, mit welcher Ungenauigkeit Herr Werner auch jetzt wieder seine Sätze in den Saal hinausgestoßen hat. Aus dem ganzen ersten Theil seiner Rede ist nichts, aber auch gar nichts zu ersehen, aus dem sich schließen ließe, was seine monatelange, fortgesetzte Opposition gegen die Leiter der Partei rechtfertigt. (Sehr wahr!) Nachdem Sie, Genossen, fast ein halbes Duzend Male den Schluß der Debatte abgelehnt haben, um Herrn Werner zur Rechtfertigung Gelegenheit zu geben, hat er nichts vorzubringen vermocht, was einer Rechtfertigung ähnlich sieht, das konstatiere ich hiermit ausdrücklich. Zu den Punkten, bei denen er thatsächliche Ausführungen gemacht hat, zur Frage des ersten Mai und der Stichwahlen, haben auch zahlreiche andere Redner gesprochen; das sind Fragen, in denen Meinungsverschiedenheiten sich ergeben können, und hätte die Berliner Opposition nur solche Punkte in den Kreis ihrer Erörterungen

in den Versammlungen gezogen, niemals hätte die Opposition den gehässigen Charakter annehmen können, den sie angenommen hat. Wenn statt dessen die Opposition mit gehässigen persönlichen Angriffen kommt, wie die, daß sie die ganze Fraktion beschuldigt, die Korruption zu kultiviren, dann kann sie nicht mehr auf Sachlichkeit Anspruch machen, dann ist sie auch vor allem verpflichtet, ihre Anschuldigungen zu beweisen. (Sehr wahr!) Dieser Beweis ist bis jetzt von ihrer Seite noch nicht erbracht, ja nicht einmal zu erbringen versucht worden. Herr Werner begründet seine kleinliche Opposition mit hygienischen Rücksichten, er habe sie im Hinblick auf das Wohl der Partei gemacht. Wir brauchen solche Pseudokuren am Parteikörper nicht, um uns wohl zu befinden. Wäre der Parteikörper nicht so urgesund, er könnte leicht zu Tode kurirt werden. Eine Opposition um jeden Preis verbitten wir uns recht sehr; denn sie kann nur darauf ausgehen, das Parteiinteresse zu schädigen. Auch bezüglich der behaupteten unehrenhaften Handlungen Einzelner ist Herr Werner keinerlei Beweise vorzuführen im Stande.

Der ganze Streit, d. h. der wirklich sachliche Theil der Opposition, dreht sich in erster Linie darum, daß das Centralwahlkomitee, in Widerspruch mit dem Beschluß von St. Gallen, kurz vor den Stichwahlen einen Aufruf erließ, in dem es die Parteigenossen aufforderte, bei den bevorstehenden engeren Wahlen, insoweit ihre Stimmen in Frage kommen und den Ausschlag geben könnten, unter allen Umständen solche Kandidaten, welche gegen jede Verlängerung und Verewigung des Ausnahmegesetzes sich erklärten, zu unterstützen. Damit soll ein Kardinalverbrechen an der Partei begangen worden sein. Den Rednern, die darüber voll sittlicher Entrüstung sind, gebe ich zunächst zu erwägen, daß diese Frage keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik ist, die schon seit 18 Jahren vor St. Gallen stets in dem Sinne beantwortet wurde, daß derjenige Kandidat bei engeren Wahlen unsere Stimmen bekommen solle, welcher gewisse und besonders wichtig scheinende Forderungen der Partei zu unterstützen sich verpflichtete. Dies ist bis 1887 auf allen Parteitagungen beschlossen worden. In dem, was hier über das Wesen der bürgerlichen Opposition gesagt wurde, hat uns niemand etwas Neues gesagt. Ich habe seit 20 Jahren in Schrift und Wort klarzulegen versucht, wie wir zu den bürgerlichen Parteien stehen und stehen müssen, was uns aber nicht abgehalten hat, so zu verfahren, wie die Taktik gebot. Auf dem Parteitag in St. Gallen trat nun wieder die Frage an uns heran, wie wir uns künftig verhalten sollten. Ein Theil der Redner verwarf die bisherige Taktik deswegen, weil die Hoffnungen auf die Fortschrittspartei bei den engeren Wahlen sich nicht verwirklicht hatten. Gerade dagegen trat ich auf und erklärte: Die gegnerischen Parteien sind Bourgeoisparteien; sie werden stets, namentlich wenn besonders

H

wichtige Fragen des Klasseninteresses im Vordergrund stehen, lieber einem der ihrigen, stehe er politisch wo er wolle, als einem Sozialdemokraten ihre Stimme geben; darauf dürfen wir also nicht rechnen, daß sie sich für uns ins Zeug legen. Das ist aber für unsere Haltung auch gar nicht maßgebend; für uns steht die Frage im Vordergrund: Bereiten wir uns den Boden für unsere Operationen möglichst ungünstig, wenn wir durch Stimmenthaltung den ausgesprochensten gegnerischen Parteien in die Hände arbeiten? Nun waren wir damals der Meinung, und ich habe das ausdrücklich ausgesprochen, daß, wie damals die Dinge lagen, gar kein Gedanke daran sei, daß wir je einmal wieder in die Lage kommen würden, daß uns daran liegen könne, ob wir ein Tugend entschieden Liberaler mehr oder weniger im Reichstage hätten. Ich habe mich damals in diesem Punkt geirrt, wie schon manchmal in meinem Leben, und wenn das geschieht, so gestehe ich das auch offen ein. ( Bravo! ) Nach drei Jahren lag eben die Frage anders; jetzt lautete sie, was damals niemand voraussehen konnte: Sollen wir durch Stimmenthaltung bei den engeren Wahlen, entsprechend dem St. Gallener Beschluß, möglicher Weise dazu beitragen, eine reaktionäre Majorität in den Reichstag zu bringen, die das Ausnahmegesetz verewigt? Dies war eine Kardinal- und Lebensfrage für uns, darüber kann kein Zweifel sein. Da bin ich es wieder gewesen, der in dem Central-Wahlkomitee den Antrag stellte, so zu verfahren, wie schließlich bei den Stichwahlen verfahren worden ist. Ich führte aus: Wir haben dazumal in St. Gallen den Beschluß Stimmenthaltung gefaßt, ich selbst habe dafür gestimmt; heute stehen wir in einer Situation, die damals kein Mensch voraussehen konnte. Wenn wir nach jenem Beschluß handelten, würden wir nicht nur für den Augenblick, sondern auf unabsehbare Zeit hinaus das Parteiinteresse schwer schädigen, auch hätten wir in diesem Augenblick für den alten Beschluß nicht einmal die Majorität der Partei hinter uns, die denkt eben anders als zur Zeit in St. Gallen. Ich schlug dann weiter vor, wir sollten durch Circular die Meinung der Parteigenossen der größeren Orte hierüber in Erfahrung zu bringen suchen. Da wurde mir aber mit Recht entgegnet, dazu sei nicht mehr Zeit, dieser Modus würde zu lange Zeit erfordern und überdies unter die Genossen eine Streitfrage werfen, die Angesichts der Wahlen allerlei Zerwürfnisse herbeiführen könnte — kurz, besser sei es, auf eigene Verantwortung zu handeln. Da haben wir denn einstimmig beschlossen, den Parteigenossen zu empfehlen, in Rücksicht auf die besonderen obwaltenden Verhältnisse die bekannte Parole für die engeren Wahlen auszugeben. Daß damit gegen den St. Gallener Beschluß verstoßen wurde, dessen waren wir uns voll bewußt; wir haben auch ausdrücklich damals öffentlich erklärt, daß wir, trotz des St. Gallener Beschlusses, durch die gegenwärtige Lage Deutschlands

H



und der Partei uns veranlaßt sähen, diese Rathschläge zu geben. Und daß wir recht gehandelt, zeigte sich sofort; denn noch vor der Veröffentlichung unseres Beschlusses kamen bereits am 21. und 22. Februar aus zahlreichen Wahlkreisen an uns die Briefe, alle mit der Erklärung, man könne in Rücksicht auf die Lage dem Beschlusse von St. Gallen unmöglich nachkommen, man müsse dem entgegen für den oppositionellen Kandidaten, den Gegner des Ausnahmegesetzes, eintreten. Wir gewannen so schon damals die Ueberzeugung, daß für unsern Schritt die sehr große Mehrheit der Partei hinter uns stehe. Das verfloffene Central-Wahlkomitee hat aber ein großes Interesse daran, zu wissen, ob der Parteitag nachträglich diese seine Taktik billigt. Ich hätte gewünscht, es wäre von der Opposition ein Mißtrauensvotum beantragt worden, damit der Parteitag zu dieser Frage Stellung nehmen kann. Da das nicht geschehen ist, beantrage ich die Abstimmung über folgende Resolution:

Der Aufruf des Centralwahlkomitees bezüglich der engeren Wahlen entsprach der politischen Lage zur Zeit der Wahlen, und spricht der Parteitag nachträglich seine Billigung zu dem Vorgehen des Central-Wahlkomitees aus.

Nun noch eins, Ich habe in Berlin, wo ich mit Genossen über diese Dinge privatim sprach, nicht nur einmal, sondern mehrmals die Antwort gehört: Wenn ihr damals im Zentralkomitee diese Parole nicht ausgegeben hättet, würden wir in einem bestimmten Wahlkreise Berlins und in der Umgegend gesiegt haben, denn dann hätten die Konservativen für uns gestimmt. (Ruf: Stimmt.) Nur da ist einem Theile dieser Opposition ein ganz merkwürdiger Beigeschmack gegeben; man war Opponent gegen die Erklärung des Zentralkomitees, weil man ohne dieselbe konservativen Stimmenfang glaubte treiben zu können. Damit ist für mich diese Frage abgethan.

Was nun den 1. Mai betrifft, so kann ich mich kurz fassen. Herr Werner hat auch hier nach seiner Art die Dinge auf den Kopf gestellt; erst am 20. April habe die Erklärung der Fraktion erscheinen können. Nicht am 20., sondern am 6. April sind wir hier in Halle zusammengekommen, und die Erklärung von mir im „Volksblatt“ ist nicht im April, sondern Anfang März erfolgt; ich sah mich zu dieser Erklärung veranlaßt, weil allerdings der Aufruf der Berliner auf nichts anderes hinausging, als der gesammten Partei die Direktive vorzuschreiben. Dagegen habe ich zunächst Opposition gemacht. Bedenken Sie doch in Ihrer Kritik die damalige Situation. Man spricht hier immer von der Fraktion als Parteileitung, und will sie für alles verantwortlich machen, und doch hat die Fraktion fast nie von den Schritten des Parteivorstandes Kenntniß nehmen oder ihnen zustimmen können, weil eine Verständigung in den wichtigsten Fragen ungeheuer schwer war; das

H

war selbst schon dem Fraktionsvorstand schwer, der zwar nur aus 5 Personen bestand, die aber an 4 oder 5 verschiedenen Orten wohnten, sodaß immer erst viel Aufwand an Zeit und Mühe verloren ging, ehe man sich über ein geschlossenes Vorgehen verständigen konnte. Diese Schwierigkeiten haben es ganz wesentlich mit verschuldet, daß in so manchen wichtigen Fragen erst spät eine Verständigung unter den Leitern der Fraktion herbeigeführt werden konnte.

Nun meine ich, die Berliner Genossen hätten vor der Veröffentlichung ihres Aufrufs erst an uns eine Anfrage richten sollen, ob wir etwas zu thun gedächten. Gaben wir eine unbefriedigende Antwort, dann hätten sie ein Recht zu ihrem Vorgehen. Daß sie das nicht thaten, erregte bei uns Mißstimmung, und ich nahm zu der Volksblatterklärung das Wort, die ja, wie ich begreife, verschiedentlich verlegt hat. Es heißt, die Fraktion hätte früher reden sollen. Sie hätte unter gewissen Umständen früher reden können, wenn nicht allgemein gelaugt worden wäre, wir, die 35 neu Gewählten, kämen bald in Berlin zum Reichstage zusammen. Dieser Umstand verhinderte uns zunächst, die Entscheidung so frühzeitig, wie vielleicht wünschenswerth war, zu treffen. Aber selbst wenn wir zu Anfang oder Mitte März eine Erklärung erlassen hätten, so war doch vielfach schon längst vorher in den großen Städten Stellung genommen, und die Sache lag um kein Haar breit anders. Wir haben gehandelt, wie wir nach bester Einsicht handeln mußten, und wie kamen nun die Dinge? Die Hamburger haben den Kampf ausgenommen; nirgends ist die Arbeiterklasse so gut organisiert, so reich an Geldmitteln, wie in Hamburg; man hat den Kampf ausgenommen und ist unterlegen. Ähnlich ist es anderwärts gegangen, und es konnte nicht anders kommen. Nun will man einen Sündenbock haben, und der soll die Fraktion sein. Und doch ist in Hamburg nur der kleinste Theil der Arbeiter der Fraktion gefolgt. Was aber hat denn in Wahrheit die Niederlage herbeigeführt? Die ungünstige ökonomische und industrielle Lage zahlreicher Gewerbe! Die Bourgeoisie würde nirgends genagt haben, gegen uns den Kampf aufzunehmen, wenn sie die Arbeiter jeden Tag haben mußte. Das war aber nicht der Fall, und daß unsere Genossen in den großen Städten das übersehen haben, war der große Fehler, der von ihnen gemacht worden ist. Müßten nicht schon im März unsere Genossen in Berlin, Hamburg und anderorts ganz genau wissen, daß in erster Linie wir ein ganz miserables Baujahr haben würden? Und in anderen Fabrikationszweigen war es nicht besser. Mit Vergnügen warf daher die Bourgeoisie Tausende auf das Pflaster, weil es ihr eben paßte; sie gebrauchte sie nicht. Es war wenig oder keine Arbeit vorhanden, es war faule oder halbfaule Zeit für die Fabriken; darum wagte sie so gegen die Arbeiter zu handeln. Die Bourgeoisie mag die Erklärung der

H

Fraktion nicht unangenehm gewesen sein; aber man vergesse nicht, daß bereits im März überall in den großen Städten, Leipzig, Dresden, Berlin, Hamburg u. s. w., die Parole ausgegeben war, daß, wenn die Arbeiter am 1. Mai feierten, sie in den ersten 4, 5 Tagen nicht in die Werkstätten und Fabriken kommen dürften. Dieses sehr wesentliche ökonomische Element für unsere Haltung konnten wir nicht an die große Glocke hängen; aber es hat uns in unserer Haltung wesentlich mitbestimmt. Dazu kam ferner, daß wir der Bourgeoisie in Rücksicht auf die kurz zuvor getroffenen Entschlüsse der Reichsregierung bezüglich des Sozialistengesetzes gar keinen größeren Gefallen hätten thun können, als wenn wir dem Wunsche eines Theiles unserer Genossen in den großen Städten, zum Feiern aufzufordern, gewillfahret hätten. Und hatten wir denn übrigens das Feiern verboten? Ueberall da, erklärten wir, wo die Feier ohne wirtschaftliche Schädigung stattfinden könnte, sollte es geschehen; in dieser Einschränkung uns zu erklären, das waren wir unseren Parteigenossen schuldig. Das Feiern war kaum in den großen Städten zu erwarten, nimmermehr aber in den kleinen Städten und in den ländlichen Industriebezirken. Schippel war am energischsten für die Feier eingetreten, und Niemand ist durch seine eigenen Wähler mehr desavouiert worden, als er; denn in Chemnitz und Umgebung hat kein einziger Arbeiter gefeiert; auch dort kamen die ökonomischen Verhältnisse in Frage, und das hatten die Arbeiter begriffen. Wollen wir in Zukunft ähnliche Demonstrationen wiederholen, so werden wir wiederum alle diese Momente zu berücksichtigen haben. In Rücksicht auf die ökonomische Krise, in deren Anfang wir stehen, und welche im kommenden Winter und im nächsten Jahre sich immer mehr ausdehnen wird, können wir, meiner Meinung nach, unmöglich auf einem Beschlusse fernerhin beharren, der nothwendig zahllose Freunde in die übelste Lage brächte. Lieber wollen wir Alles aufbieten, um den Beschluß dahin zu formuliren, nicht den 1. Mai, sondern den ersten Sonntag im Mai als Demonstrationstag zu setzen, wenn der internationale Kongreß sich im nächsten Jahre mit der Frage wieder beschäftigt.

Es waren also die ernstesten, sorgfältigsten Erwägungen, welche die Fraktion veranlaßten, den Aufruf, wie geschehen, zu erlassen. Wir sind damals hier in Halle auch in dieser Frage sehr heftig auf einander geplatzt und haben uns gründlich ausgesprochen, aber schließlich wurde, gegen eine oder zwei Stimmen, der Beschluß so gefaßt, wie er veröffentlicht wurde. Ich möchte, daß auch in dieser Frage der Parteitag Veranlassung nähme, seine Meinung der Fraktion gegenüber zu äußern, und schlage vor, der Parteitag wolle erklären:

Die Motive, welche die Fraktion veranlaßten, den bekannten Aufruf für die Demonstration am 1. Mai zu erlassen, fanden in

H

der allgemeinen ökonomischen und politischen Lage ihre Rechtfertigung.

(Andauernder lebhafter Beifall.)

Beide Resolutionen werden mit sehr großer Majorität angenommen; eine dritte, inzwischen eingelaufene Resolution von Dr. Müdt, welche einen scharfen Tadel der Opposition der sogenannten „Zungen“ ausdrückt, wird einstweilen zurückgezogen.

Auf Antrag von Geck-Offenburg wird dem Genossen Webel für die Rassenführung einstimmig Decharge erteilt.

Der Antrag Stadthagen, auf Einsetzung einer Kommission, wird ebenfalls mit großer Mehrheit genehmigt. Die neun Mitglieder der Kommission sollen morgen Vormittag gewählt werden. Während der Debatte sind bereits beim Bureau eine Anzahl Delegirten für die Kommission in Vorschlag gebracht worden. Der Vorsitzende verliest die Namen derselben, worauf Meister-Hannover gegen diese „hinterrücks“ gemachten Vorschläge protestirt, und deren Annullirung beantragt, da ihm die Sache zu sehr als gemacht erscheine.

Vorsitzender Diez verwahrt das Bureau gegen solche grundlosen Angriffe. Unter solchen Verhältnissen bleibe nichts übrig, als morgen durch Stimmzettel zu wählen.

Meister hat nicht dem Bureau irgend welchen Vorwurf machen, vielmehr nur rügen wollen, daß das Bureau mit solchen Vorschlägen bereits bestürzt worden sei, ehe noch feststand, ob eine Kommission eingesetzt würde oder nicht.

Nachdem der Vorsitzende noch mitgetheilt, daß die Präsenzliste nicht vor Beendigung der Arbeiten der Mandats-Prüfungskommission, das heißt nicht vor zwei Tagen, werde erscheinen können, wird die Sitzung um acht Uhr geschlossen.

## Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 14. Oktober, Vormittags 9 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Vorsitzender Diez eröffnet die Sitzung.

Der Vorsitzende theilt mit, daß die Mandats-Prüfungskommission ihre Arbeiten im Laufe des Vormittags beenden wird. Vorläufig ist festgestellt, daß, außer den Abgeordneten, 410 Delegirte, darunter drei Frauen, auf dem Parteitage anwesend sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Berndt-Berlin, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der betreffenden Versammlung im V. Berliner Wahlkreis, daß dort in keiner Weise Grothe-Halle, als in Beziehungen zur Polizei stehend, geschildert worden sei.

Vom Redakteur der „Berliner Volkstribüne“, Konrad Schmidt,

H

ist nachfolgendes Schreiben eingegangen, das verlesen wird. Dasselbe lautet:

Ein Nichtmitglied des Parteitagés erucht den geehrten Vorlesenden, um jedes Mißverständnis zu beseitigen, folgende Berichtigung zu verlesen:

Genosse Liebtnecht hob gestern die Gefahr hervor, die eventuell durch seine Namhaftmachung als Korrespondent des „Dänischen Sozialdemokrat“ für ihn hätte entstehen können. Daß die „Volkstribüne“ sich erst gegen jene Korrespondenz gewandt habe, nachdem L. öffentlich als Urheber derselben genannt war, und daß der Vorwurf einer Denunziation das Blatt schon aus diesem Grunde nicht treffen könne, hat L. selbst bereitwilligt konstatirt. Er fügte aber hinzu, daß jene Korrespondenz, gewissermaßen gegen den Willen des Redakteurs, unter dem zwingenden Druck gewisser Hintermänner in die „Tribüne“ lanzirt sei. Das ist ein Irrthum. Ich bin dabei durchaus selbstständig vorgegangen und muß die volle Verantwortung für die polemische Erwähnung der Liebtnechtschen Korrespondenz in der „Tribüne“ übernehmen.

Konrad Schmidt.

Für die Wahl der gestern beschlossenen Namerkommission wird auf Vorschlag Bebel's bestimmt, daß eine Vorschlagsliste gedruckt und um 1 Uhr vertheilt werden soll. Den Abstimmenden soll es frei stehen, Aenderungen resp. Ergänzungen in dieser Liste vorzunehmen. Diese Liste gilt als Stimmzettel. Die Mandats-Prüfungskommission wird beauftragt, die Zettel zu sammeln und das Wahleresultat festzustellen.

Ein Antrag von Zubeil, das Prinzip der Schließung der Rednerliste einzuführen, wird, nachdem Singer sich dagegen erklärt, abgelehnt.

Der Parteitag tritt nunmehr in die Tagesordnung ein:

### Punkt 3. Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion.

Berichterstatter Singer: Parteigenossen! Es kann nicht meine Aufgabe sein, Sie mit den einzelnen Fragen, welche im Laufe der letzten drei Jahre im Reichstag verhandelt worden sind, eingehend zu beschäftigen. Sie sehen Alle im öffentlichen Leben, haben die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion aufmerksam verfolgt und werden sich wohl bereits selbst ein Urtheil darüber gebildet haben, ob die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion dem Interesse der Partei entsprochen, oder ob die Partei Veranlassung hat, sich mit dieser Thätigkeit nicht einverstanden zu erklären. Ich möchte nur in großen Zügen die Reichstags-Thätigkeit der Fraktion beleuchten und daran eine Betrachtung knüpfen, ob die Nothwendigkeit vor-

H

liegt, wie behauptet worden, in der parlamentarischen Taktik und Thätigkeit der Partei eine Aenderung vorzunehmen.

In Bezug auf die Behandlung der Reichshaushaltsetats hatte die Fraktion keine Veranlassung, von der Taktik, welche sie, solange es Sozialdemokraten im deutschen Reichstage giebt, befolgt, abzuweichen. Wir haben aus prinzipiellen Gründen gegen die Etats gestimmt, weil die durch den Etat geforderten Summen wesentlich aufgebracht werden zur Unterhaltung des Militarismus, dem wir feindlich gegenüberstehen. Wir haben mit unserer Ablehnung des Etats Protest eingelegt gegen das System Bismarck, welches zwar in seinem bisherigen Träger gefallen ist, welches aber der That nach immer noch besteht und regiert. Wir mußten mit unserer Abstimmung dokumentiren, daß die von uns vertretenen Wähler, die politisch in der Sozialdemokratie organisierte Arbeiterklasse, dem herrschenden System, welches zu Gunsten des Militarismus ungeheure, das Mark des Volkes auffaugende Summen fordert, feindlich gegenübersteht. Wir betrachten den Völkfrieden als eine unerläßliche Vorbedingung der Bessergestaltung der sozialen Verhältnisse und stimmen gegen die Ausgaben für den Militarismus, in der Ueberzeugung, daß den steten Rüstungen, der fortwährenden Vermehrung der Mordmittel ein Ende gemacht werden muß, daß es der zivilisatorischen Aufgabe der Völker widerspricht, wenn sie, gewaffnet bis an die Zähne, gleich wilden Thieren nur auf den Moment lauern, wo sie sich zerfleischen können. (Beifall.)

Selbstverständlich haben wir auch die für jene Militärzwecke geforderten indirekten Steuern abgelehnt. Wir sind der Ansicht, daß die Mittel, welche die heutige Gesellschaft für den Militarismus braucht, getragen werden sollen von den Bevölkerungsklassen, zu deren Schutz eventuell das Militär in Aktion tritt; die heutige Gesellschaft muthet der Arbeiterklasse zu, nicht nur mit ihrem Leben und Gesundheit, im Falle eines Krieges, das Vaterland und den Besitz der herrschenden Klassen zu vertheidigen, sondern belastet auch noch in den indirekten Steuern und der dadurch herbeigeführten Vertheuerung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse die wirtschaftlich schwachen breiten Volksmassen mit den Kosten für den Militarismus.

Wir haben in einer der früheren Sesssionen einen Antrag eingebracht auf Aufhebung der Getreidezölle, der nicht über die erste Berathung im Reichstage hinausgekommen ist. Denselben Antrag haben wir in der laufenden Session gestellt. Wir werden bei der Berathung dieses Antrages Gelegenheit haben, nachzuweisen, wie verheerend die Getreidezölle gewirkt haben; während dieselben das nothwendigste Lebensmittel im Preise steigern, zieht ein Theil der bestehenden Klassen, namentlich die Großgrundbesitzer, bedeutende materielle Vortheile aus den durch die Zölle erhöhten Getreidepreisen

6 #